Nummer 16 — Stuttgart, 16. April 1910 — 28. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 410000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Nachdem nun endlich die lang erwartete Reichsversicherungsordnung dem Reichstag kurz vor Ostern zugegangen ist, soll die durch lange Beratungen aufgewendete Zeit durch im schnellsten Tempo beabsichtigte Durchpeitschung im Reichstage wieder eingebracht werden. Nach Zusammentritt des Reichstages soll im Anschluß an eine allgemeine Debatte die Vorlage an eine Kommission verwiesen und von dieser noch vor der voraussichtlich im Mai erfolgenden Vertagung des Reichstages das Gesetz in seinen Grundsätzen festgestellt werden. Die organisierte Arbeiterschaft hat auf ihren gewerkschaftlichen Einzeltagungen sowie durch ihre politische Vertretung bereits zu dem im Vorjahre veröffentlichten Vorentwurf Stellung genommen und Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfs den gesetzgebenden Körperschaften zugehen lassen. Der nunmehr vorliegende Entwurf zeigt leider kein Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber den Wünschen der Arbeiterschaft und, wenn man den Mitteilungen bürgerlicher Blätter glauben darf, dürfte auch der Reichstag und seine Kommission bei der Schnelligkeit ihrer Beratungen kaum genügend Zeit zur Würdigung der Wünsche der Arbeiterschaft finden.

Um so lauter und entschiedener müssen deswegen die Arbeiter ihre Stimme erheben, um sich Gehör zu verschaffen, und zu diesem Zweck soll neben verschiedenen anderen Veranstaltungen auch am 25. und 26. April 1910 in Berlin ein

Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß

stattfinden, der sich ausschließlich mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigen und gegen die Verschlechterung protestieren wird.

Bei der Kürze der Zeit, die bis zum Zusammentritt des Kongresses verbleibt, war es uns unmöglich, die Wahlen der Vertretung zu diesem Kongreß anders als durch Zirkular auszuschreiben, was am 5. und 8. April geschehen ist, und wovon wir hierdurch den Mitgliedern Kenntnis geben.

Nach dem Beschluß der 8. ordentlichen Generalversammlung in München 1907 wird unser Verband den Gewerkschaftskongreß durch 42 Vertreter beschicken, und zwar entfallen auf den

I. Bezirk		9121	Mitglied.,	2 Vertreter
II.	=	10039	=	2 =
III.	=	9357	=	2 =
IV.	= Verwaltungst. Chemnitz	11840	=	1 =
IV.	= = Dresden	12557	=	1 =
IV.	= = Leipzig	11883	=	1 =
IV.	= die übrigen Verwaltungst.	20292	=	2 =
V.	=	47513	=	5 =
VI.	= Verwaltungst. Hamburg	14618	=	1 =
VI.	= die übrig. Verwaltungst.	22859	=	2 =
VII.	=	43859	=	4 =
VIII.	=	22237	=	2 =
IX.	=	40262	=	4 =
X.	= Verwaltungst. Nürnberg	13947	=	1 =
X.	= die übrig. Verwaltungst.	18633	=	2 =
XI.	= Verwaltungstelle Berlin	64081	=	6 =
Vorstand				2 =
Ausschuß				1 =
Redaktion des Verbandsorgans				1 =

Für die Wahlen selbst sind den Verwaltungstellen besondere Anweisungen erteilt worden, und beschränken wir uns hier nur auf den Hinweis, daß für die gemeinsam in einem Bezirk wählenden Verwaltungen die Wahlen bis zum 17. April einschließlich erledigt sein müssen und die Einsendung des Wahlmaterials an die Bezirksleitungen sofort nach Beendigung der Wahl erfolgen muß.

Stuttgart, den 9. April 1910.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Kampf im Baugewerbe.

Seit dem Herbst vorigen Jahres sind die Augen aller, die sich aus irgend einem Grunde für die Arbeiterbewegung interessieren, auf das Baugewerbe gerichtet. Am 31. März 1910 sollten in vielen Städten die Verträge ablaufen und es war bekannt, daß die Scharfmacher im Baugewerbe sehr streitlustig waren. Am 11. und 12. November fanden in Berlin Verhandlungen über ein Vertragsmuster statt. Dabei stellte sich heraus, daß die Unternehmer bedeutende Verschlechterungen einführen wollten. Unter anderem sollte die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden verkürzt werden. Wo sie schon kürzer war, sollten keine weiteren Verkürzungen eintreten. Ferner wollte man Klassenlohnsätze einführen. Auch sollte der Akkordparagraph noch dahin verschärft werden, daß die Organisationen sich jeder hindernden Einflußnahme zu enthalten haben. Danach sollten in Zukunft die Arbeiterorganisationen keines ihrer Mitglieder ausschließen dürfen, wenn es sich gegen Beschlüsse der Organisation in Sachen Akkordarbeit vergeht. Auch auf den Akkordabschluß sollte die Organisation keinen Einfluß ausüben dürfen. Die Arbeiter sollten gezwungen werden, ausschließlich die „Arbeitsnachweise" der Unternehmerorganisationen zu benutzen. Die Verantwortlichkeit für die Durchführung der Verträge sollte in erster Linie und in verschärftem Maße den Zentralvorständen zugeschoben werden, wie auch die Zentral-Vorstände (nicht die Verbände oder Zweigvereine) Vertragskontrahenten sein sollten. Der Vertrag sollte ferner nach den Forderungen der Unternehmervertreter bis zum 31. März **1915** dauern. Alle Verträge, die etwa sonst noch vereinbart würden, sollten zu derselben Zeit ablaufen. Natürlich machten die Vertreter der Maurer, der Bauhilfsarbeiter, der Zimmerer und der christlichen Bauhandwerker auch ihre Vorschläge, die sich selbstverständlich in anderer Richtung bewegten. Die Verhandlungen wurden sodann auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen sollten die örtlichen Instanzen die Verhandlungen beginnen.

Auch bei den übrigen Berufen, die im Baugewerbe vorkommen, zeigte sich Kampfeslust. So wurde im Dezember berichtet, daß in München die Unternehmer den Vertrag der Kunst- und Bauschlosser gekündigt hätten. Auch dieser Vertrag sollte am 31. März ablaufen und es war eine zweimonatige Kündigungszeit vorgesehen. Die Scharfmacher hätten also noch bis zum Ende des Januar Zeit mit der Kündigung gehabt. Sie hatten es aber offenbar sehr eilig. Desgleichen nahm der Verband der Gipser-, Stukkateur- und Verputzmeister in einer Generalversammlung durch Annahme folgender Thesen Stellung:

„1. Die Verhandlungen wegen Abschlusses eines neuen Arbeitsvertrages erfolgen nur durch die Zentralleitung des Verbandes. 2. Zwei Kommissionen werden gewählt: eine, die mit den Gehilfenorganisationen verhandelt, und eine größere, die berechtigt ist, die Abmachungen mit den Gehilfenorganisationen für den Zentralverband gutzuheißen. 3. Sämtliche Tarifverträge, die im nächsten Frühjahr ablaufen, werden ohne Ausnahme gekündigt. 4. Entweder es kommt für alle Bezirke ein Tarifvertrag zustande, oder es wird gar kein Vertrag abgeschlossen. 5. Wäre noch zu beschließen, in welcher Weise die Mittel zum Kampfe aufgebracht werden sollen."

Der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte in Berlin richtete am Anfang dieses Jahres an seine Mitglieder ein Rundschreiben, worin es heißt:

„Wie sich die Verhältnisse nach dem 1. April 1910 gestalten werden, ist demnach noch gänzlich ungewiß. Wenn man berücksichtigt, welche großen Schwierigkeiten der Verständigung über das Tarifmuster noch entgegenstehen, wenn man die Unsicherheit hinsichtlich der Lohnfrage bedenkt, wird man vorsichtigerweise immerhin mit einer Verschärfung der Situation im kommenden Frühjahr rechnen müssen. Wir erachten es demgemäß für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse in die Verträge die Streikklausel aufnehmen und bei Ihren geschäftlichen Dispositionen die Möglichkeit des Scheiterns der Tarifverhandlungen nicht außer acht lassen."

In Danzig scheiterten die Verhandlungen, weil die Vertreter der Unternehmer kategorisch erklärten, daß die Arbeitszeit unter keinen Umständen weniger als zehn Stunden betragen dürfe und daß es in den nächsten fünf Jahren unter keinen Umständen Lohnerhöhung gäbe.

Aus dem weiteren Verlauf der Ereignisse ist zunächst hervorzuheben, daß in Leipzig Verbandstage der Maurer und der Bauhilfsarbeiter abgehalten wurden, die nicht nur Beschlüsse faßten, die zeigten, daß die Arbeiter die Zeichen der Zeit sehr wohl zu deuten wußten, sondern auch am 9. Februar die Verschmelzung beider Verbände beschlossen. Ausführlicheres darüber siehe Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 9, Seite 71.

Am 24. und 25. Februar hielt der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu Straßburg eine Generalversammlung ab, die von 400 Vertretern besucht und so „vertraulich" war, daß bei den Hauptverhandlungen nicht einmal die Kellner ins Lokal gelassen wurden. Trotzdem wurde bekannt, daß die Vertreter zwar keineswegs einig, aber doch in der Mehrheit kampflustig gewesen seien. Vor allen Dingen wurde eine weitere Ausdehnung der Akkordarbeit verlangt. Von dem Geiste, der auf diesem Scharfmachertage herrschte, gibt folgendes in der Münchener Post vom 4. März veröffentlichte Zirkular Zeugnis:

„Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung.

München, den 28. Februar 1910.

An sämtliche, dem Verband angehörenden, Bauarbeiter beschäftigenden Firmen.

In der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes vom 25. ds. in Straßburg wurde in einem Referat des Herrn Baurat Enke die Tätigkeit der Dreizehnerkommission und des Vorstandes eingehend erörtert, das Vertragsmuster durchgegangen und in seinen Hauptpunkten motiviert, worauf in Würdigung der gegenwärtigen Situation nachstehende Resolution einstimmig und begeistert angenommen wurde:

Die am 24. und 25. Februar zu Straßburg tagende Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes nimmt Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit der Dreizehnerkommission zur Erneuerung der zurzeit gültigen Tarifverträge. Die Hauptversammlung spricht der Kommission für diese Arbeiten ihren Dank und ihr volles Vertrauen aus und beauftragt die Dreizehnerkommission, die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern demnächst wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen. Die Hauptversammlung erwartet über diese erneuten Verhandlungen Bericht in der außerordentlichen Hauptversammlung zu Dresden zur endgültigen Beschlußfassung.

Die außerordentliche Hauptversammlung in Dresden wird in der zweiten Hälfte des März stattfinden und möchten wir nicht unterlassen, zu betonen, daß heute alles davon abhängt, daß die Zentralverbände der Arbeiterorganisationen sich zu einem Nachgeben verstehen werden.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsstelle: J. Fellermeier.

NB. Versäumen Sie nicht, in alle Bau- und Lieferungsverträge die Streikklausel aufzunehmen!"

Bemerkenswert ist, daß der Herr Fellermeier selber zu der scharfmacherischen Dreizehnerkommission gehört. Von einem auf denselben Ton gestimmten Zirkular des Verbandes der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend wußte einige Tage später die Leipziger Volkszeitung zu berichten. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin entfaltete eine eifrige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Am 9. und 10. März fanden wiederum zentrale Verhandlungen statt. Auch diese blieben erfolglos. Strittig blieben vor allem folgende Fragen: 1. Ob ein Vertrag nach dem Wunsche des Unternehmerverbandes von Zentralvorstand zu Zentralvorstand abgeschlossen werden soll. Die Arbeitervertreter lehnten diesen Antrag ab und wünschten, daß die örtlichen Organisationen Träger der Verträge bleiben. 2. Die Unternehmer verlangten, daß der Vertragslohn, der bis jetzt in 95 Prozent der Vertragsgebiete ein Einheitslohn oder Minimallohn war, jetzt nur für gelernte und tüchtige Gesellen und für geübte und tüchtige Hilfsarbeiter gelten solle. Wer tüchtig ist, bestimmt nur der Unternehmer. Diese Verschlechterung lehnten die Arbeiter ebenfalls ab. 3. Die Zentralverbände sollten anerkennen, daß während der nächsten Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht eintreten dürfe. 4. Die Akkordarbeit war bisher zulässig. Es konnte aber jeder die Akkordarbeit verweigern, und die Organisationen durften durch Aufklärung und Beschlüsse auf die Mitglieder in dieser Beziehung einwirken. Jetzt sollten sich die Parteien verpflichten, sich jeder hindernden Einflußnahme zu enthalten. Den Unternehmern sollte aber eine fördernde Maßnahme nicht verboten sein. Im alten Tarif unterlagen die Preise besonderer Vereinbarung. Jetzt sollten sich die vertragschließenden Organisationen ausdrücklich verpflichten, vor und nach der Vereinbarung der Akkordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben. Die Arbeitervertreter forderten die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, mit der Maßgabe, daß dieser Paragraph aus dem zentralen Muster entfernt und den Ortsverträgen eingefügt werden sollte, in deren Geltungsbereich Akkordarbeit üblich ist. Die Beseitigung der Akkordarbeit wurde nicht gefordert. 5. Die Unternehmer verlangten dann die tarifliche Anerkennung ihrer unparitätischen Arbeitsnachweise. Die Arbeiter sollten sich ausdrücklich zur ausschließlichen Benutzung dieser Nachweise verpflichten. Diesem Verlangen setzten die Arbeitervertreter ein energisches Nein entgegen. Aus der ganzen Stellungnahme der Unternehmervertreter geht klar hervor, daß die Scharfmacher große Lust hatten, es zum Konflikt zu treiben. Bestärkt wird diese Ansicht noch durch die Zirkulare, die die Bezirksverbandsvorstände der Unternehmer an ihre Mitglieder versandten und die dann in verschiedenen Parteiblättern veröffentlicht wurden.

Mit Spannung blickte man nunmehr auf die außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die am 22. März zu Dresden abgehalten wurde. Bundesvorstand und Dreizehnerkommission pflogen schon am vorhergehenden Tage streng vertrauliche Beratungen, wobei es zu erheblichen Unstimmigkeiten gekommen sein muß, denn bei Eröffnung der Hauptversammlung wurde erklärt, daß der erste stellvertretende Vorsitzende, Baumeister Heuer (Berlin), sein Amt niederlege, und zwar aus „Gesundheitsrücksichten". Heuer und die anderen Berliner Herren nahmen an der weiteren Verhandlung nicht mehr teil. Baurat Enke (Leipzig), zweiter Stellvertreter, übernahm die Leitung und hielt auch das einleitende Referat. Gegen zwanzig Redner griffen in die Diskussion ein und es waren besonders die Herren aus dem Süden, Südwesten und dem Westen, die auf strikte Aufrechterhaltung der Unternehmerforderungen drängten. Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die dritte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verlangt, daß die Ende März ds. Js. ablaufenden Tarifverträge mit den Arbeitnehmerorganisationen unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden, welches folgende Bedingungen zu enthalten hat: 1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vorherige Vereinbarung der speziellen Arbeitsbedingungen soll nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben. 2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeignetsten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Löhne ist nicht beabsichtigt. 3. Die Akkordarbeit soll nicht nur als zulässig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Vertrag gesichert werden. 4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitgeberarbeitsnachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeitnehmerorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen. 5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein. Dieser Beschluß soll den Arbeitnehmern aller Zentralverbände als endgültige Entschließung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. Falls die Zentralverbände das Vertragsmuster ablehnen, wird der Vorstand beauftragt, die bei Ablauf der jetzt geltenden Tarifverträge erforderlich werdenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Hauptversammlung erwartet gemäß der in Berlin mit den Arbeitervertretern getroffenen Vereinbarung Antwort der Arbeitnehmerorganisationen bis spätestens den 8. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens den 14. April einverstanden."

Das war eine offenbare Kriegserklärung insofern, als diese Resolution keineswegs geheimgehalten, sondern sofort veröffentlicht wurde. Zunächst aber ereignete sich etwas, das den Scharfmachern wohl nicht erwünscht war. Die Berliner Akkordmaurer, die mit ihren anderen Kollegen auf gespanntem Fuße standen, hielten am 23. März eine von ungefähr 500 Mann besuchte Versammlung ab, in der sie beschlossen, in einem eventuellen Kampfe strikte Solidarität zu üben und auf die nichterschienenen Akkordmaurer in demselben Sinne einzuwirken. Das waren nicht die einzigen Vorbereitungen zum Kampfe. Der Zentralverband der

Zimmerer Deutschlands schrieb außer den Extrabeiträgen für die Zentralkasse noch Beitragserhöhungen zur Stärkung der örtlichen Kampfkassen aus, die sich zwischen 1 M bis 6,50 M bewegten. Ferner faßte der Zentralverbandsvorstand und der Ausschuß der christlichen Bauarbeiter Deutschlands folgenden Beschluß: „Der wöchentliche Beitrag ist in allen Klassen für sämtliche Mitglieder um 10 ₰ zu erhöhen. Außerdem empfiehlt der Verbandsvorstand aufs dringendste, besondere freiwillige Extrabeiträge zu erheben und der Zentralkasse zuzusenden." Er erhob zugleich die Mahnung: „Der Riesenkampf ist in nächste Nähe gerückt; in den nächsten Wochen muß die Entscheidung fallen. Die Stärkung der Hauptkasse muß im Hinblick auf die gegenwärtige Situation die oberste Pflicht sein. Es wird daher an die Opferfreudigkeit der Mitglieder appelliert und erwartet, daß der gefaßte Beschluß auf der ganzen Linie einheitlich durchgeführt wird."

Am Anfang des April veröffentlichte die Tagespresse folgendes Rundschreiben:

„Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser.

An die Herren Mitglieder der Gruppe Maurer- und Zimmermeister.

Einer Anregung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Berlin entsprechend, hat der Vorstand beschlossen, anliegende Kündigung jedem zentralorganisierten Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter zuzustellen, um in der Lage zu sein, alle Beschlüsse ohne Zögern ausführen zu können.

Ein Verzeichnis der gekündigten und ungekündigten Poliere, Gesellen und Arbeiter ist der Geschäftsstelle bis zum 4. April einzureichen. Hochachtungsvoll

Der Vorstand: K. Kistner."

Das beiliegende, für die Arbeiter bestimmte Formular lautete folgendermaßen:

„Um bei den Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen allen Zufälligkeiten und Zweifeln zu begegnen, welche die Auslegung des bestehenden Arbeitsverhältnisses für den einzelnen ergeben könnte, bin ich — sind wir — gezwungen, falls Sie der Zentralorganisation Ihres Gewerbes angehören, Ihnen zum 16. d. M. zu kündigen.

Sie erhalten rechtzeitig vor dem 16. d. M. Nachricht, wenn die Kündigung zurückgenommen werden kann.

Bremerhaven-Geestemünde-Lehe, den 1. April 1910.

(Unterschrift.)"

Diese Herren hatten es offenbar besonders eilig. Zugleich zeigen die beiden Schriftstücke wieder einmal deutlich, wie sehr heutzutage der Unternehmer noch „Herr im Hause" ist.

Am 5. April wurden in Nürnberg 900 Bauarbeiter, darunter 300 Maurer, unter Tarifbruch plötzlich entlassen.

Solche Maßnahmen mußten natürlich erbitternd wirken und die Beschlüsse der am 4. und 5. April in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Verbandstage der Maurer, der Bauhilfsarbeiter, der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter konnten von vornherein kaum mehr zweifelhaft sein. Die Maurer und die Bauhilfsarbeiter nahmen in gemeinsamer Sitzung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands dokumentieren aufs neue und in vollster Einmütigkeit mit der Gesamtheit der Mitglieder, daß sie unverrückbar festhalten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Die Zentralverbände bekennen sich damit zu wiederholten Malen zu friedlich-schiedlichen Verhandlungen mit den Organisationen der baugewerblichen Unternehmer, um auf dem Boden unbeeinträchtigter Parität einen gerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeiführen zu helfen.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Erklärung müssen die Verbandstage es jedoch ablehnen, auf Grund der vorliegenden Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verhandeln, da es ein völlig aussichtsloses Beginnen wäre, Tarifverträge durchzuführen, die das Vertragsmuster des Arbeitgeberbundes als Grundlage haben.

Insbesondere lehnen es die Verbandstage ab, daß die Tarifverträge abgeschlossen werden zwischen den Zentralvorständen der Organisationen. Träger der Tarife müssen wie bisher die örtlichen Organisationen sein; denn diese sind es, die den Vertrag in allen Stücken und in erster Linie durchzuführen haben. Den Zentralvorständen bleibt die Aufgabe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikten, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzubeugen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten.

Ebenfalls müssen die Verbandstage es ablehnen, in einem Vertragsmuster Durchschnitts- oder Staffellöhne festzulegen. Völlig unannehmbar für die Zentralverbände ist auch jede einschränkende Bestimmung bei der Lohnfestsetzung, soweit nicht alte, invalide und jugendliche Arbeiter in Betracht kommen.

Völlig undiskutierbar sind für die Verbandstage die Forderungen des Arbeitgeberbundes, betreffend Akkordarbeit und Arbeitsnachweis.

Die Verbandstage legen Wert darauf, festzustellen, daß sie in der Frage der Akkordarbeit keine Aenderungen des gegenwärtigen Zustandes anstreben, ihre Regelung vielmehr den örtlichen Organisationen zuweisen. Dagegen werden die Zentralverbände niemals einer Regelung der Akkordarbeit in dem Sinne zustimmen, wie sie der Arbeitgeberbund fordert, wonach den Arbeiterorganisationen jeder Einfluß auf die Akkordarbeit, insbesondere auch auf die zu zahlenden Löhne, genommen werden soll.

Der Zweck der von dem Arbeitgeberbund geforderten Arbeitsnachweise ist durch die Führer des Bundes selbst so klar gekennzeichnet, daß sie auch ohne die praktische Erfahrung der Arbeiterschaft als Maßregelungsbureaus bekannt sind. Die Zentralverbände haben längst erkannt, daß mindestens in den Großstädten die Arbeitsvermittlung einer Regelung bedarf. Dies kann jedoch nur auf dem Boden vollster Parität geschehen, und die Zentralverbände erklären sich zu wiederholten Malen bereit, gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten.

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine zwar außerhalb des Vertragsmusters, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufhebt. Den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsmuster zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Bahn freigemacht ist für die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den großstädtischen Arbeitsgebieten, wo es eine unabweisbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Verständigung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verbandstage der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands wiederholen, daß sie gern bereit sind, einen vertraglichen Zustand herbeizuführen und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie können das aber nur, wenn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine der Parität hart ins Gesicht schlagenden Forderungen fallen läßt und sich wie die Zentralverbände zu der Tarifidee bekennt, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist."

Sodann wurde eine von den Vorständen vorgelegte ausführliche Vorlage über außergewöhnliche Maßnahmen für die Lohnbewegung angenommen. Diese enthält zunächst Vorschriften über Mitgliederlegitimation und Mitgliederverzeichnis, dann über die Beitragsleistung 2c. Alle Mitglieder des Verbandes, die während der Lohnbewegung im Baugewerbe arbeiten, sind verpflichtet, neben dem regelmäßigen Verbandsbeitrag und den örtlichen Zuschlägen einen besonderen Streikbeitrag zu leisten, der pro Tag je nach der Höhe des Stundenlohnes 10 ₰ bis zu 1 M beträgt. Für die Streikunterstützung, die nur an Mitglieder, aber auch an solche gezahlt wird, die erst während der Bewegung dem Verband beitreten und bis zum 1. April ihre Beiträge nachzahlen, ist eine vierzehntägige Karenzzeit festgesetzt. Für die ersten vierzehn Tage des Kampfes wird keine Unterstützung gezahlt, auch nicht aus örtlichen Mitteln.

Die Beamten beider Verbände ließen eine Erklärung abgeben, wonach sie in den ersten vierzehn Tagen auf ihr Gehalt verzichten und für die weitere Dauer des Kampfes 25 Prozent ihres Lohnes als Streikbeitrag zahlen.

Ferner wurde folgende Resolution einstimmig und unter lebhaftem Beifall angenommen:

„Der gemeinsame Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter erinnert die Mitglieder beider Verbände nachdrücklich an den Beschluß des Leipziger sozialdemokratischen Parteitages, sich des Schnapsgenusses zu enthalten. In Erweiterung dieses Beschlusses wird allen Mitgliedern beider Verbände zur moralischen Pflicht gemacht, während des bevorstehenden Kampfes keinerlei alkoholische Getränke zu genießen. Die zu erwartende gewaltige Größe des bevorstehenden Kampfes macht es notwendig, die Unterstützung für die Ausgesperrten zu vermindern und den Mitgliedern große finanzielle Opfer aufzuerlegen. Diese notwendigen Maßnahmen erfordern die Unterlassung aller nicht unabweisbar notwendigen Ausgaben. Dazu gehören in erster Linie die Ausgaben für alkoholische Getränke."

Auch bei den Zimmerern erklärten die Beamten, für die Dauer des Kampfes die Hälfte ihres Gehaltes an die Verbandskasse zurückzahlen zu wollen. Von Verbandsmitgliedern, die anderswo angestellt sind, wurde eine ähnliche Opferwilligkeit erwartet. Die entscheidende Resolution lautete folgendermaßen:

„Die am 4. und 5. April in Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands nimmt von der offiziellen Mitteilung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Tarifbewegung betreffend, Kenntnis. Die Generalversammlung erklärt hierzu, daß die Zimmerer Deutschlands nach wie vor auf dem Boden der Tarifidee stehen und auch geneigt sind, für die Zukunft Tarifverträge abzuschließen, wenn die hierzu erforderlichen Vorbedingungen erfüllt sind und die bisherigen Grundlagen des Tarifvertrages beibehalten werden, das sind:

1. Volle Parität in allen Fragen, die der tariflichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation unterliegen.
2. Uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen über Inhalt, Annahme und Ablehnung der Tarifverträge.

Nach den Beschlüssen, die der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe auf seiner außerordentlichen Generalversammlung in Dresden gefaßt hat, will derselbe die Grundlagen der Tarifverträge verlassen und sie gewaltsam in andere Bahnen drängen, um sich für alle Zukunft die unbedingte Herrschaft über die Arbeiter und deren Organisationen zu sichern. Zu diesem Zwecke fordert derselbe:

1. Den Abschluß der Tarifverträge für alle in Frage kommenden Orte durch die Zentralvorstände.
2. Die Einführung von Staffel- und Durchschnittslöhnen.
3. Die Anerkennung und Sicherung der Akkordarbeit durch die Arbeitnehmerorganisationen, unter einseitiger Festsetzung der Akkordpreise durch die Unternehmer.
4. Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter auf den Bau- und Arbeitsstellen.
5. Jegliche Verzichtleistung der Arbeitnehmer auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auch dort, wo die Verhältnisse eine solche bedingen.
6. Anerkennung der von den Arbeitgebervereinigungen einseitig eingerichteten und noch einzurichtenden Arbeitsnachweise.

Diesen Bestrebungen des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe müssen und werden die Zimmerer Deutschlands den schärfsten Widerstand entgegensetzen, um so mehr, als das Vorgehen des Arbeitgeberbundes in letzter Linie darauf hinausläuft, hinsichtlich der Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur jeden Fortschritt zu unterbinden, sondern sie in ihren Existenzbedingungen herabzudrücken.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands lehnt deshalb das Ansinnen des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe mit aller Entschiedenheit ab."

Die ferner beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen haben hauptsächlich folgenden Inhalt:

Die statutarischen Bestimmungen des Streikreglements werden während der bevorstehenden Bewegung außer Kraft gesetzt. Jedes Mitglied, ohne Ausnahme, erhält eine Streikkontrollkarte, die zum Einkleben der Extramarken und in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch für das Jahr 1910 als Legitimation dient. Für die bevorstehende Bewegung gilt in allen Fällen eine Karenzzeit von zwei Wochen. Während dieser Zeit wird Unterstützung weder aus der Zentralkasse noch aus lokalen Mitteln gewährt. Unterstützung, auch Reiseunterstützung, wird erst vom dreizehnten Wochentage an gezahlt. Ihre Höhe richtet sich (wie schon das Streikreglement des Statuts bestimmt) nach dem Stande der Kasse aus der Zahl der zu Unterstützenden. Auch nach dem Ablauf der Karenzzeit dürfen Zuschüsse aus lokalen Mitteln zu den aus der Zentralkasse geleisteten Unterstützungen ein Fünftel der statutarischen Unterstützungssätze nicht übersteigen. Ledige Mitglieder, die nur für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen haben, erhalten eine um 30 ₰ pro Tag geringere Unterstützung als verheiratete. Die Familien der verheirateten Mitglieder, die den Aussperrungsort verlassen und an einem andern Orte arbeiten, wo der Lohn nicht höher ist als am Orte der Aussperrung, erhalten die im Streikreglement vorgesehene Familienunterstützung. Mitglieder, die während der Bewegung neu eintreten, haben die

---

Im Lande der aufgehenden Sonne.*

Von Chagrin.

VII.

Religion.

Das japanische Volk — die Masse der Arbeiter und Bauern — ist eines der religiösesten Völker, wenn nicht das religiöseste der Welt überhaupt. Ohne eine Religion im strengen Sinne des Wortes zu haben, sondern nur eine Art praktischer Philosophie oder Moral-lehre, steht es mit seiner Frömmigkeit, Bigotterie und Aberglauben auf dem Niveau des russischen Bauern. Ueberhaupt, wenn ich die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und religiösen Verhältnisse Japans mit denen Rußlands vergleiche, so finde ich einen neunzehnten Unterschied vielleicht nur in der Form. Und wenn dieser Vergleich Lichtseiten ergeben sollte, so sind sie jedenfalls nicht auf Japans Seite.

Im russisch-japanischen Kriege marschierten die russischen Soldaten in die Schlacht, Vaterunser murmelnd, die japanischen drückten ihre Amuletten, die Sieg bringen und vor Niederlagen bewahren sollten, an Herz und Lippen. Aber die japanischen Soldaten, diese Kriegsknechte des Mittelalters im zwanzigsten Jahrhundert, wurden von Offizieren geleitet, die frei von Religion, Mystik und Aberglauben sind und die russischen Offiziere an Patriotismus, Intelligenz, Tatkraft weit überragen. Sie waren zum besten Teile aus der Schule des Diplomaten, Reformators und Pädagogen Fukuzawa direkt oder indirekt hervorgegangen. Dieser Enzyklopädist und Philosoph, dieser japanische Franklin, hatte für die Religion nichts anderes als Spott und Verachtung. Für ihn hatte die Religion nur einen Nutzen: den Frieden der Gesellschaft zu erhalten und die Dummen im Joch zu halten. Diese Maxime ist Gemeingut der herrschenden Klasse Japans. Die Wiederbelebung der Idee von der Göttlichkeit des Mikado entsprang derselben Anschauung.

Als die ersten Kanonenschüsse in der Mandschurei ertönten, wurde der Krieg — den den Russen zu erklären die japanische Ehrlichkeit vergessen hatte — den Vorfahren des Mikado offiziell mitgeteilt im „Tempel der Sonne". Es ist selbstverständlich, daß weder der Mikado noch seine Minister in dem Glauben waren, ihre verstorbenen Vorfahren würden sich bei dieser Gelegenheit etwa aus Neugierde versammeln. Aber sie kalkulierten wie andere Mystiker vor ihnen, ganz richtig, daß durch Pomp und Mystik die große Masse vorteilhaft beeinflußt werde. Der Admiral Togo begann nach der Schlacht von Tushima seinen Armeebefehl wie weiland ein preußischer Potentat: „Durch die Gnade des Himmels, durch den Beistand Gottes hat unsere Flotte triumphiert . . ." Solche bodenlose Salbaderei aus dem Munde Angehöriger der herrschenden Klasse ist wohlberechnete Heuchelei. Die Herrschenden halten es wohl alle mit ihrem Landsmann und Lehrer Fukuzawa: „Für mich besteht zwischen den verschiedenen Religionen, ob sie sich nun christlich, buddhistisch oder sonstwie nennen, nicht mehr Unterschied, als zwischen dem grünen und dem schwarzen Tee. Wenig liegt daran, ob wir diesen oder jenen trinken. Das Wesentliche ist: die, die noch niemals Tee getrunken haben, ihn in aller Freiheit schmecken und abschätzen zu lassen. Gerade so mit der Religion. Die Priester sind sozusagen die Teeverkäufer. Aber ich glaube nicht, daß sie berechtigt sind, den Wert der Ware der anderen herabzusetzen, um ihre eigene wertvoll zu machen. Das Einzige, was sie machen sollten, ist: gute Produkte anschaffen und sie so wenig teuer als möglich losschlagen."

Die nämliche, kaum einer Verbesserung fähige Klarheit in den oberen Schichten der bürgerlichen Kreise ist auch in der Offizierskaste zu finden. „Unsere Offiziere sind sehr gut gebildet, während unsere Soldaten noch rohe und primitive Sitten haben. Aber diese Verbindung gibt für den Krieg ein Instrument erster Güte." —

Seit fünfzehnhundert Jahren leben in Japan zwei Religionen ziemlich friedlich nebeneinander: der Shintoismus und der Buddhismus. Der letztere zog um das sechste Jahrhundert, von Korea kommend, ein. Er hätte sich schwerlich einnisten und den großen Einfluß auf Gedanken, Kunst, Literatur und Politik ausüben können, wenn er sich nicht die alten mystischen Legenden und den simplen Naturkultus Japans zu eigen gemacht hätte. Das elementarste Gebot des Shintoismus, die Ahnenverehrung, wurde nicht angetastet. Man möchte fast sagen, die Religion des japanischen Volkes, auf die einfachste Formel gebracht, ist nur Ahnenkultus. Dieser Glaube an das Fortleben derer, die ihre menschliche Form verloren haben, hat die Moral und Gedankenwelt des Inselvolkes von altersher beherrscht und ist zur Lebensregel geworden. Die tägliche Pflege des Kultus der Ahnen, ihnen Opfer bringen, verheißt dem Japaner Glück im Dies- und Jenseits.

Die Bewegung der Mobuchis, Motooris, Hiratos half schließlich dem Shintoismus auch zu größeren offiziellen Ehren. Diese Mächten, die an Alter eingegangenen oder durch die Säbel der Daimios (Feudalherren) gewaltsam zum Sterben gebrachten Traditionen des Loyalismus gegenüber dem Thron wieder frisch zu beleben. Die durch die Restauration (1868) zur Macht gekommene Klasse hätte blind sein müssen, wenn sie die Gaben, die ihr die Bewegung brachte, nicht akzeptiert hätte: „Die kaiserliche Familie ist bei uns die Basis des Kultus." 1868 wurde der Shintoismus zur Staatsreligion erhoben, ohne daß dadurch der Buddhismus eine Beeinträchtigung erfahren konnte.

Beide Religionen sind so tief miteinander verquickt, daß es unmöglich ist, Scheidelinien zu ziehen. Die Zahl der reinen Anhänger der einen oder anderen muß unendlich klein sein. Gewöhnlich wird der Japanese bei der Geburt dem Shinto zugeteilt und seinen letzten Gang tritt er unter Begleitung buddhistischer Priester an. Der Shinto verlangt von seinen Anhängern herzlich wenig. Mit ein paar Andachten in seinen Stätten sind seine Gebote erfüllt. Etwas anspruchsvoller ist schon der Buddhismus. Dieser hat gegenüber dem andern Tempel mehr glänzendes Gepränge, das an die katholische Kirche erinnert.

Wie in den christlichen Ländern, so sind auch in Japan im Laufe der Zeit zu besserer Förderung der Seligwerdung eine Unmasse psychischer und mystischer Hilfsmittel geschaffen worden. Während diese in den ersteren allmählich durch die Macht des Geistes oder des Spottes vernichtet werden, stehen sie im anderen noch heute in vollem Betrieb. Wie die christlichen Länder, so hat auch das Reich des gottgleichen Mikado nicht wenig Tempel (1905: 243 510) und Wallfahrtsorte, acht Myriaden Götter (Heilige) für alle möglichen Uebel, daneben Schwarzkünstler, Wundertäter, Hexenmeister, Magier, Mystiker, Besessene, Teufelsbeschwörer, ferner Behexerei, magische Formeln, Geister, ganz klar und halb klar sehende Medien und dann kohlschwarzen Aberglauben in tausenderlei Gestalt. Den Handel mit Amuletten könnten die „heidnischen" Priester von ihren christlichen Kollegen gelernt haben. Auch wurde den Gläubigen neben den göttlichen Tabletten auch ein Stück vom Leibe des Gottes Buddha gezeigt.

Daß dem japanischen Gott das Opferbringen ebenso angenehm ist wie dem christlichen, versteht sich am Rande. Damit die christliche Kirche öfter Gaben von Leuten bekommt, die ihre Namen gerne unter den Mildtätern lesen oder lesen lassen, sollte sie das japanische System der Bekanntmachung frommer Geber einführen: Dort stehen fast vor jedem Tempel hohe Planken mit kleinen Tafeln von regelmäßig abgestuften Größen — je größer die gespendete Summe, je größer die Tafel und Inschrift —, auf denen die Namen und Spendungen der Geber geschrieben sind.

Der Gottesdienst ist äußerst einfach und kurz. Der Gläubige schlägt mit dem Seil, das in der Mitte des Einganges hängt, an die Kupfertrommel, um dem allwissenden Gott seine Anwesenheit anzuzeigen, geht dann in den Tempel, fällt auf die Knie, ruft seinen Gott durch zweimaliges Klatschen mit den Händen, drückt den Kopf auf den Boden, dabei mit tiefer Stimme die mystischen Silben: Namu Amida Busta rufend. Ist seine Seele besonders schwer beladen, wiederholt er Handklatsch und Formel. Dann schleicht er geräuschlos hinaus. Und wenn er der mächtigen Geldkiste einige Kupferstücke übergibt, so kann das seinem Seelenheil nur förderlich sein.

Neben den zahllosen Tempeln stehen auf allen Wegen und in Gärten Statuen oder absonderlich geformte Steine, die die frommen Herzen anziehen. Daneben ist in jedem Hause ein Familienschrein

* Vergleiche die Nrn. 6, 7, 8, 10, 11, 12.

regelmäßigen Verbandsbeiträge sowie auch alle Extrabeiträge vom 1. April an nachzuzahlen. Sie erhalten in allen Beitragsklassen nur drei Viertel der festgesetzten Unterstützung. Nur an solche Mitglieder, deren Mitgliedsbuch und Streikkarte vollständig in Ordnung sind, wird Unterstützung gezahlt. Laufende Beiträge sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Vom 18. April an haben alle in Arbeit stehenden Mitglieder einen Extrabeitrag zu leisten, dessen Höhe sich nach dem Lohnsatz richtet. Sie ist in einer Tabelle festgesetzt, die mit einem Extrabeitrag von 10 ₰ pro Tag bei einem Stundenlohn von 30 ₰ beginnt. Der Extrabeitrag steigt progressiv mit dem Lohn und beträgt in der höchsten Klasse 1 M. pro Tag bei einem Stundenlohn von 71 ₰ und darüber.

Die Beschlüsse des christlichen Verbandstages haben ähnlich gelautet. Ihr Wortlaut liegt uns zurzeit noch nicht vor.

Am 6. April meldete das Berliner Tageblatt in seiner Abendausgabe, daß die Regierung einen Einigungsversuch unternehmen wolle und die Vertreter der beiden Parteien für den 8. April zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern eingeladen habe.

* * *

Die Einigungsverhandlungen sind am Widerstand der Unternehmer gescheitert. Geheimrat Wiedfeldt, der schon wiederholt solche Verhandlungen geleitet hat, leitete auch diese Verhandlungen und schlug zunächst vor, ebenso wie 1908 drei unparteiische Herren zu wählen, denen die Weiterführung der Sache zu übertragen sei. Dies wurde abgelehnt. Der sodann vom Geheimrat Wiedfeldt unternommene Versuch, in sachliche Verhandlungen einzutreten, scheiterte an der Ablehnung durch die Unternehmervertreter. Diese erklärten, an ihren Dresdener Beschlüssen festhalten zu müssen. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen und das Reichsamt des Innern wird vorläufig keine neuen anbahnen.

Nachdem nun die Scharfmacher erklärt haben, an dem festzuhalten, was sie auf ihrer Hauptversammlung vertreten haben, werden hoffentlich auch die Unternehmervertreter aus Hamburg und Bremen auf dem beharren, was sie dort vertraten. Nach einem nachträglich herausgekommenen Bericht sind sie nämlich mit den Maßnahmen der Scharfmacher nicht einverstanden gewesen und haben unter dem Gebrüll der Anwesenden zum Frieden geredet. Zwischen den Berliner Vertretern und der Unternehmerbundesleitung bestanden von vornherein so große Differenzen, daß die erstgenannten an der Hauptversammlung gar nicht teilnahmen. Nach einer Mitteilung im ersten Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 9. April ist in Hamburg der Friede gesichert. Hoffentlich liegen zu der Zeit, wo diese Zeilen sich in den Händen unserer Kollegen befinden, ähnliche Nachrichten aus Berlin und Bremen vor. Das würde nicht nur den Bauarbeitern finanziell den Kampf erleichtern, sondern wäre auch ein nicht zu unterschätzender moralischer Erfolg.

Hiermit haben wir unseren Kollegen die ganze Sachlage im Baugewerbe im Zusammenhang zur Beurteilung unterbreitet. Die Scharfmacher im Baugewerbe haben offenbar von vornherein die Absicht gehabt, es zum Kampfe zu treiben. Offenbar wollen sie die Gewerkschaften, mit denen sie zu tun haben, so schwächen, daß sie während der zu erwartenden besseren Konjunktur vorläufig nichts für ihre Mitglieder unternehmen können. Auch ein Teil unserer Verbandskollegen wird in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie werden aber gern Solidarität üben. Auch wird die gesamte organisierte Arbeiterschaft, wenn es sein muß, gern Opfer bringen, um die Absichten der Scharfmacher im Baugewerbe zuschanden zu machen.

Gemütsruhe.

Übers Niederträchtige
Niemand sich beklage;
Denn es ist das Mächtige,
Was man dir auch sage.

In dem Schlechten waltet es
Sich zum Hochgewinne,
Und mit Rechten schaltet es
Ganz nach seinem Sinne.

Wandrer! Gegen solche Not
Wolltest du dich sträuben?
Wirbelwind und trocknen Kot,
Laß sie drehn und stäuben.

Goethe.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge in Deutschland.

Zu der in Nr. 14 nach dem Reichsarbeitsblatt bereits gegebenen Darstellung des Standes der kommunalen Arbeitslosenfürsorge hat das Heft 2 desselben weiteres beachtenswertes Material beigebracht, das wir ebenfalls in gedrängter Kürze besprechen möchten.

Es handelt sich in der zweiten Serie um Städte, die weder das Genter noch das Berner System akzeptiert haben, zum Teil aber dem ersteren sehr nahekommen. Dabei handelt es sich um die Städte München, Mainz und Wernigerode. Diese unterstützen unter gewissen Bedingungen die Arbeitslosen, wobei sie die Kontrolle der organisierten den Gewerkschaften, der unorganisierten den Bezirkspflegekommissionen (München), dem städtischen Arbeitsamt „mit Hilfe der Polizei" (Mainz) oder der Armenpflege (Wernigerode) überlassen. Unterstützt man die unorganisierten Arbeitslosen, wogegen wir selbstverständlich nichts einzuwenden haben, so sollten sie nur vom Arbeitsamt kontrolliert werden; Polizei und Armenpflege soll man davon fernhalten, denn erstens sollte jede sozialpolitische Maßnahme den Zweck haben, die Armenpflege überhaupt überflüssig zu machen und sodann bedeutet die Praxis, daß man die mit der einen Hand gegebene materielle Hilfe wieder wertlos macht durch die mit der anderen Hand versetzte moralische Verletzung. Arbeitslose sind keine Almosengenössigen und keine Objekte für polizeiliche Behandlung, denn ihre Arbeitslosigkeit ist zwar eine Notlage, aber keine Gesetzesverletzung, keine strafbare Tat, aber allerdings eine schwere Anklage gegen die Vernunftwidrigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

In München erhält der verheiratete Arbeitslose von der Stadt eine wöchentliche Unterstützung von 3 M., der ledige eine solche von 2 M., in der Voraussetzung, daß der erstere bereits 1 Jahr am Orte wohnhaft und der andere überdies hier heimatberechtigt, ferner jeder seit 8 Tagen arbeitslos ist. In den Monaten Januar, Februar und März 1909 wurden 70 400 M. zur Unterstützung von 6463 Arbeitslosen verwendet, von denen 4464 organisiert waren, die ersteren also mit 82,9 Prozent die große Mehrheit bildeten. In der Unterstützungssumme sind auch 4140 M. enthalten, die arbeitslose Schreiber erhielten. Die Organisierten bekamen 48 185 M., die Unorganisierten 18 075 M., die Verheirateten 55 200 M. (2,87 M. wöchentlich pro Mann), die Ledigen 11 060 M. (1,83 M.). Die ganze Einrichtung hat sich nach dem Bericht des städtischen Arbeitsamtes gut bewährt.

In Mainz erhält der verheiratete Arbeitslose ohne Kinder 4 M., mit Kindern 5 M., der Ledige 3 M. pro Woche. Voraussetzung der Unterstützung ist einjähriger Aufenthalt am Orte und 14tägige Arbeitslosigkeit. Die Unterstützungsdauer beträgt 4 Wochen. Im Winter 1909 meldeten sich 337 Arbeitslose, wovon 197 organisierte und 140 unorganisierte und worunter 130 ungelernte, 89 Bauarbeiter, 49 Metallarbeiter und 40 Holzarbeiter. Unterstützung erhielten 108 während 4 Wochen, 72 während 3 Wochen, 64 während 2 Wochen und 76 während 1 Woche. Ausbezahlt wurden zusammen nur 3428,65 M., während ein Kredit von 10 000 M. bewilligt worden war.

Der Bericht stellt fest, daß die Bestimmungen im ganzen sich bewährt haben und namentlich die Kontrolle durch Gewerkschaften und Polizei sich glatt und fast ohne Anstand vollzogen habe. Die Arbeitslosenunterstützung habe sich als eine recht zweckmäßige Einrichtung erwiesen, ohne daß damit das Problem der Arbeitslosenversicherung gelöst sei, dessen einzig vollkommene Lösung die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen sei.

Durch die Mitwirkung der Gewerkschaften und die Unterstützung ihrer Mitglieder nähert sich die Einrichtung in Mainz wie in München dem Genter System, von dem sie sich nur formell unterscheidet.

Sehr beachtenswert ist, daß das nur 13 000 Einwohner zählende Wernigerode ebenfalls diese Arbeitslosenfürsorge organisiert und damit den vielen, auf diesem Gebiet noch rückständigen Großstädten ein gutes Beispiel zur Nachahmung gegeben hat. Die städtischen Kollegien bewilligten neben 16 000 M. für Notstandsarbeiten 6000 M. für Barunterstützung an Arbeitslose, von denen die verheirateten 6 M. und außerdem 50 ₰ für jedes Kind, die ledigen ebensoviel erhalten, wenn sie Eltern oder andere Angehörige mit zu unterhalten haben, so daß ohne Unterschied des Zivilstandes bei Erfüllung der gestellten Bedingungen die Arbeitslosen gleich behandelt werden. Die Unterstützung beginnt aber erst nach zweiwöchiger Arbeitslosigkeit. Für jeden Arbeitstag innerhalb der Unterstützungszeit wird 1 M. abgerechnet. Im ganzen wurden von den bewilligten 6000 M. 4342 M. an Arbeitslose gezahlt, und zwar 2629 M. an organisierte, 1713 M. an unorganisierte. Ende März wurden die Unterstützungen eingestellt.

Rixdorf und Flensburg haben sich ein „eigenes System" von Arbeitslosenfürsorge zurechtgemacht, indem sie den Arbeitslosen Darlehen gewähren. In Rixdorf bewilligten die städtischen Kollegien im Januar 1909 10 000 M. als einmalige Beihilfe für Arbeitslose beider Geschlechter. Vorbedingung der Unterstützung sollte sein, daß die Arbeitslosen hilfsbedürftig, seit mindestens einem Jahre in Rixdorf wohnhaft, alleiniger Ernährer von Angehörigen und seit mindestens 8 Wochen arbeitslos seien. Die Beihilfe sollte nicht als Armenunterstützung gelten, sondern als Darlehen unter der Voraussetzung gewährt werden, daß der Arbeitslose, wenn es seine Verhältnisse im Sommer des nächsten Jahres gestatteten, den bewilligten Betrag zurückzahle; eine zwangsweise Beitreibung der Beträge soll jedoch unterbleiben. Diese Sorte von Arbeitslosenfürsorge mit ihren harten Bedingungen — man denke an die achtwöchige Arbeitslosigkeit — ist geradezu vorsintflutlich und konnte nur in den Köpfen reicher Leute entstehen, die nie ihr Brot mit Tränen aßen. Wenn diese Einrichtung trotzdem stark in Anspruch genommen wurde, so bekundet sich darin die herrschende große Not. Es meldeten sich nämlich 930 Arbeitslose, von denen 131 wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zurückgewiesen wurden; 799 Anträge wurden bewilligt, darunter etwa 180, in denen nicht alle Voraussetzungen für die Unterstützung erfüllt waren. Die 799 Unterstützten hatten zusammen 2338 Familienangehörige zu unterhalten und erhielten 7601 M., 2,40 M. pro Kopf der gesamten 3137 Personen. Von den nicht verteilten 2399 M. sollten 1500 M. für Speisung der Kinder von Arbeitslosen einem Verein übergeben werden, der Rest von 899 M. als Fonds für die festgesetzten Zwecke zur Verfügung bleiben.

Direkt Fiasko hat das „Darlehens"-System in Flensburg gemacht. Hier wurden im Winter 1908/09 zuerst 18 000 M. für Notstandsarbeiten und sodann 10 000 M. für zinsfreie, spätestens in sechs Monaten rückzahlbare Darlehen bewilligt, die im Höchstbetrag von 12 M. wöchentlich nur an ortsangehörige Einwohner, die seit mindestens vier Wochen ohne Verdienst waren und sich nachweislich vergeblich um Arbeit bemüht haben, gewährt werden. Davon wurde aber begreiflicherweise — der Armenrat sagt „merkwürdigerweise" — sehr wenig Gebrauch gemacht, so daß bis Ende April nur 849 M. in 88 Darlehen von 6 bis 12 M. von 63 Personen in Anspruch genommen wurden. Bis Ende Oktober 1909 waren nur 148 M. wieder zurückbezahlt, zweifellos ein Beweis dafür, daß die meisten Schuldner sich in einer ungünstigen Lage befanden und die Möglichkeit der Zurückzahlung nicht hatten. Für 1910 wurden dann statt 10 000 M. nur noch 2000 M. für „Darlehen" ausgesetzt, die Bezugsbedingungen unvernünftigerweise aber noch mehr verschärft, mit dem „Erfolg", daß bis anfangs Februar noch kein einziges Darlehen gewährt worden war. Diese sogenannte Arbeitslosenfürsorge ist ein abschreckendes Muster dafür, wie sie nicht sein soll.

Lübeck, Rostock und Magdeburg gewähren Arbeitslosenunterstützung in „Naturalform", Karlsruhe und Altenburg Arbeitslosenunterstützung in bar, ohne den Charakter der Armenunterstützung; Dresden verhöhnte die Arbeitslosenfürsorge, indem es nur 6000 M. als Arbeitslosen-, aber 18 000 M. als Armenunterstützung gewährte und noch dazu aus den Lethamtsüberschüssen, die doch wiederum von den Armen selbst aufgebracht werden mußten. Auch in Quedlinburg scheint man ähnlich zu verfahren.

In seiner Schlußpartie bespricht das Reichsarbeitsblatt dann auch die in Bayern, Baden, Württemberg und Hessen auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge gemachten erfolglosen Versuche und es hält die Frage auch für eine reichsgesetzliche Regelung noch nicht für spruchreif. Dagegen bezeichnet es es als eine Aufgabe der größeren Städte, hier voranzugehen. Die Sozialdemokraten in den städtischen Behörden sollten es sich angelegen sein lassen, überall namentlich das Genter System zur Einführung zu bringen und so dem Gedanken zu immer neuen Fortschritten zu verhelfen.

---

für privaten Gebrauch. Lichter werden auch dafür in freigebiger Weise verschwendet. In Ashio sah ich eine Bronzestatue von Buddha mit einem neuen, knallroten Halskragen. Ob die Einfalt fürchtete, der eherne Gott könne sich einen Katarrh im Hochsommer holen? Im Tempel zu Nikko wird von den frommen Priestern eine Beutelschneiderei vollzogen, die den mit heiligen Röcken hantierenden Geschäftsleuten noch nicht eigen ist. Sollten vielleicht gar diese heidnischen Tempelhüter ihr Geschäft in Jerusalem gelernt haben?

Proselytenmacherei.

Die christlichen Sekten betrachten den fernen Orient für ein geeignetes Aktionsfeld. Schon 1549 erschien dort der portugiesische Pater Xavier. Seine recht ansehnlichen Erfolge wurden durch Feuer und Schwert vernichtet. 1860 erschienen die Protestanten, 1861 die Russen. Den Reigen schloß 1895 die Heilsarmee mit Trommel und Pauke. Nahe der Chimbochostraße in Tokio sah ich eine große Firma: Internationale christliche Polizei. Welcher Sorte von himmlischen Gendarmen diese irdische Filiale gehört, konnte ich leider nicht feststellen.

Obwohl Japan 1853 der Welt geöffnet wurde, verschwand erst 1873 das die Christen verbannende Edikt. Die Proselytenmacherei ließ sich anfänglich gut an. Im Jahre 1890 aber schien der allmächtige Gott seine starke Hand den christlichen Heerscharen in Japan entzogen zu haben. Oder sollte es nur Gottes Zorn über den bösen Dogmenstreit gewesen sein, den die Missionäre 1889 begonnen hatten? Für diese eigenartige Betätigung des elementarsten Grundsatzes des Heilandes: „Liebet euch untereinander!" durch seine mit der wichtigen Mission des Predigens des erlösenden Evangeliums betrauten Jünger konnten die gottlosen Heiden in ihrer Naivität kein richtiges Verständnis haben. Sie zogen sich höflich schmunzelnd zurück.

Aber die Reaktion in der Christenheit in Japan wurde noch durch einen anderen wichtigen Faktor verstärkt. Zur Zeit des Dogmenstreites kehrten eine große Zahl japanischer Studenten aus christlichen Landen in ihr Vaterland zurück. Sie berichteten in Wort und Schrift nicht nur, was sie in den Büchern studiert, sondern auch, wie sie die christliche Moral in der christlichen Welt gefunden hatten. Sie hätten geglaubt, der Name Christenheit sei Vollkommenheit. An deren Statt hätten sie aber Inquisition, Verfolgungswahn, Unduldsamkeit, Fanatismus, Lug, Trug, Knechtung, Mord, Engelmacherei, Prostitution, Hunger, Elend, Ausbeutung, Verdummung und Ignoranz überall, aber gerade in den allerchristlichsten Ländern am meisten getroffen. Es wurde ganz öffentlich gesagt, wenn das Christentum ein unleugbarer Fehlschlag für den Okzident sei, warum sollte es Japan adoptieren? „Wenn die christliche Lehre nicht einmal die Uebel der Christenheit beseitigen kann, ist sie nicht wert, bei uns eingeführt zu werden. Nicht nur ist die christliche Religion ein praktischer Fehlschlag, sondern sie wird auch von allen hochgebildeten Leuten in ihren eigenen Ländern verworfen."

Diese Verkündung der Tatsachen begleiteten buddhistische Priester mit lautem Grinsen.

Die dräuende Gefahr, die „braunen Seelen" allesamt wieder zu verlieren, war groß genug, die bitter hadernden Verfechter christlicher Nächstenliebe zusammenzuführen. Die Streitaxt wurde geräuschlos verscharrt, Dogmenstreit sollte es niemals gegeben haben, selbst über die Bedeutung des Abendmahls wurden sie bald ebenso einig, wie sie es über die Bedeutung eines guten Mittagsmahles immer gewesen waren.

Der Asiate schmunzelte verdächtig leise und verteufelt spöttisch. Um ihn wieder geneigt zu machen, mußte er noch mehr umschmeichelt, gehätschelt, versorgt, besucht und unterstützt werden. In New York bezahlt die Bekehrung einiger Chinesen ein weißes Mädchen mit seiner Unschuld. Vor mehreren Monaten büßte die Enkelin des Generals Siegel ihren Missionseifer in der New Yorker Chinesenstadt mit ihrem Leben. So schlimm ist es den Missionären in Japan nun nicht gegangen. Aber die Masse von Arbeit, Kraft und Geld, die an die Asiaten gewendet wird, könnten ihre bedürftigen Glaubensgenossen in der Heimat viel besser gebrauchen.

Um den widerspenstig gewordenen Asiaten wiederzugewinnen mußten Theologie, Metaphysik, unbefleckte Empfängnis und andere Streit und Zweifel gebärenden Themata ausgeschieden werden. Dafür wurde den teetrinkenden Japanern Temperenz gepredigt, es wurden ihnen Sprachen gelehrt, Lokale, Krankenhäuser und dergleichen eingerichtet. Das alles natürlich von dem Gelde, das die Einfalt in der christlichen Heimat sammelt. So was fand Beifall. Der braune Mann „geruhte ehrenwert herablassend" das für ihn Geschaffene nach gehörigem Bitten nicht mehr auszuschlagen. So wuchs die Zahl der braunen Christen wieder. Nach dem offiziösen Bericht haben die Protestanten in Japan (1906) 1204 Kirchen und Betplätze, 23 Waisenhäuser und Heimstätten und eine Gemeinde von 64 621 Köpfen. Aehnlich steht die katholische Kirche. Ihre 120 Missionäre haben es auf 160 Kirchen mit 61 095 Gläubigen gebracht.

In China und Korea machen sich die Eingeborenen zu Christen, wenn sie den Schutz der Missionäre oder der hinter diesen stehenden Staatsmacht gegen die eigenen Mandarinen brauchen. Ganz so ist es in Japan nun nicht. Aber die Japaner hätten noch einfältiger sein müssen, als sie schlau sind, um nicht die Vorteile zu sehen und zu greifen, um deren Annahme sie gebeten und umschmeichelt wurden. Sprachen unentgeltlich lernen, von den Einrichtungen, Veranstaltungen und Empfehlungen der „weißen Teufel" profitieren, war schon die Eintragung in eine Sekte wert. Die Statistik über die Bekehrungen wuchs. Aber noch viel schneller die Arroganz der bekehrten Asiaten. Wenn sie viel mehr umschmeichelt, umworben, der Unterstützung wert gehalten wurden, als ihresgleichen in christlichen Ländern, mußten sie logischerweise auch mehr Wert und Recht haben. Der Ueberschätzung folgte analoges Handeln. Wenn sich die Möglichkeit bietet, werfen die Japaner die Missionäre aus deren eigenen Stiftungen und verwenden sie, wie es ihnen ihr Patriotismus oder Geschmack gebietet. Die zu christlichen Priestern gemachten Japaner halten ihre weißen Kollegen ihrer bald nicht mehr würdig, ja selbst nicht einmal die christliche Religion selbst. Der Reverend Kozaki schreibt: „Es wird Japan sein, wo die christliche Religion endlich ihr definitives Gepräge erhält." Dann trägt sich das japanisch-christliche Selbstbewußtsein mit der Hoffnung, der ganzen Welt eine Religion zu geben, die allen alten weit überlegen ist und der sich die Europäer bald werden anschließen müssen.

Die weit verbreitete Anschauung, daß die christlichen Priester in Japan für alle Zeiten ohne ernsten Anhang und Einfluß bleiben werden, teile ich nun nicht. Gewiß sind die Farben, mit denen sie die Berichte über ihre Erfolge malen, aus rosigsten Elementen gemischt, gewiß ist es vielfach der Eigennutz, der zur Bekehrung treibt, auch ist es wahr, daß in den von Europäern besuchten Plätzen die dienenden Boys und Musumes (Mädchen) gerade solange Christen sind, wie die (gut zahlenden) weißen Gäste anwesend sind. Auch ist es richtig, daß bis jetzt die herrschende Kaste dem christlichen Missionswerk kein ungeteilt liebevolles Verständnis entgegenbringt. Aber das, besonders das letztere, wird sich in dem Maße ändern, wie der moderne Kapitalismus erstarkt. Mit verstärktem Aufbau industrieller Bastillen und kapitalistischer Profitpressen werden auch innigere Verbindungen zwischen christlicher Kirche und herrschender Klasse zahlreicher und solider werden. Den Dienst der Kirche in Niederhaltung, Besänftigung, Verdummung der unter Ausbeutung seufzenden Massen wird sich eine Ausbeuterklasse vom Schlage der japanischen, mit einer Profitwut und Brutalität und Schlauheit ohnegleichen, nicht entgehen lassen. Wohl tun auch heute schon, wie ich mich in der großen Spinnerei in Osaka überzeugen konnte, die buddhistischen Priester ihr Möglichstes, die unter zwölfstündiger Fron seufzenden kleinen Mädchen mit bunten Aufzügen zu amüsieren und mit glitzerndem Firlefanz zu trösten. Aber gegenüber seinem christlichen Amtsbruder muß er, durch die Natur seiner Lehre allein schon dazu verurteilt, ein elender Stümper bleiben. Nur der christliche Priester hat genügend Erfahrung, Talent, Lust, Skrupellosigkeit und die — richtige Moral, die elendesten aller Lohnsklaven über ihre Misere hinwegzutäuschen, ihnen ihr Schicksal als von Gott gewollt darzustellen, sie mit ihrem Jammer auf die andere Welt zu verweisen, ihnen das Jenseits mit seinen Verheißungen und Herrlichkeiten in buntesten Farben zu schildern, für die Ungläubigen eine Hölle zu erfinden, gegen die die kapitalistische Hölle auf Erden ein reines Dorado ist, und für das Gleichnis vom Kameel und Nadelöhr ein für Asien verständliches und wirksameres Aequivalent zu schaffen.

Lichte Augenblicke.

Bu. In der ultramontanen Presse, in den katholischen Arbeiterzeitungen und den christlichen Gewerkschaftsblättern findet man in den letzten Monaten wieder einmal zahlreiche Artikel, die sich mit dem Streit der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen beschäftigen und erkennen lassen, welche Sorge dieser Streit, der nunmehr ein volles Jahrzehnt tobt, den beteiligten Kreisen macht. Es werden dabei auch Vorschläge laut, um den „Frieden im Gewerkschaftsstreit" herbeizuführen, die aber, namentlich in der christlichen Gewerkschaftspresse, wenig Beifall finden. So schlägt in der Münchener Allgemeinen Rundschau ein Graf Galen vor, daß beide Richtungen von den Bischöfen zugelassen werden, diese aber bestimmen sollen, welche Richtung, ob christliche Gewerkschaft oder katholische Fachabteilung, für diese oder jene Gegend geeignet sei. Hiergegen wendet sich das Verbandsblatt der christlichen Holzarbeiter mit dem Einwurf, daß die Bischöfe sich auf diesen Vorschlag nicht einlassen, daß sie namentlich nicht die katholischen Fachabteilungen für diesen oder jenen Ort als die richtige Organisation empfehlen würden. Und zwar wird das mit folgenden Sätzen begründet:

„Denken wir uns nur einmal ähnliches in Arbeitgeberkreisen! Da müßte schon für M.-Gladbach ein katholisches Kartell der Textilindustrie gegründet werden, während für Sachsen hingegen ein „interkonfessionelles" Kartell bestehen muß. Die Fabrikanten werden sich für derartige Zumutungen bestens bedanken; sie organisieren sich nicht entsprechend ihrer Konfession, um den Preis der Kammgarnstoffe hochzuhalten, sondern sie organisieren sich mit anderen Kammgarnfabrikanten. Und doch richten sie es so ein, oder sollten es wenigstens so einrichten, daß die Glaubens- und Sittenlehre der katholischen Kirche dabei nicht verletzt wird. Genau so machen es die Arbeiter. Wenn's nicht überall geschieht, tragen die viel Schuld daran, die den Arbeiter als unmündiges Wesen betrachten und ihn in der Anschauung einer Idee befangen halten, die niemals verwirklicht wird. Der Arbeiter ist der Dumme dabei, Fange man bei derartigen Vorschlägen, wie sie Graf Galen macht, doch einmal bei den Arbeitgebern, den Bauern, den Handwerkern, den Fabrikanten, den Kaufleuten an, die doch materiell solche Versuche besser vertragen können, als der Arbeiter. Aber nein, immer und immer wieder der Arbeiter!"

Wir wollen uns hier nicht auf eine Erörterung der Frage einlassen, ob die Bischöfe sich nicht doch eines Tages noch etwas deutlicher, als sie es im Fuldaer Pastorale schon getan haben, zugunsten der Fachabteilungen aussprechen könnten; die Vorgänge in Holland, wo der Episkopat den katholischen Arbeitern den Eintritt in die katholischen Fachabteilungen empfohlen, richtiger gesagt: befohlen hat, beweisen, was auf diesem Gebiet alles möglich ist. Aber das nebenbei. Erkennen wir an, daß das christliche Verbandsblatt in obigen Sätzen völlig recht hat, wenn es sagt, daß, was den Unternehmern recht ist, den Arbeitern billig sein muß. Die Unternehmer organisieren sich nicht nach Konfessionen; es gibt kein katholisches und kein interkonfessionell christliches Unternehmerkartell, sondern die wirtschaftlichen Interessen bilden die Grundlage der Unternehmerkoalition. „Genau so machen es die Arbeiter" — meint das christliche Holzarbeiterblatt. Hierin hat es unrecht. Die Arbeiter machen es eben nicht „genau so", sie machen es umgekehrt, wie das Beispiel der christlichen Gewerkschaften zeigt. Sie gründen neben der allgemeinen Arbeiterorganisation, wie sie in den alten, bewährten Verbänden vorhanden ist, christliche Organisationen; sie tun das, was sie bei den Unternehmern lächerlich finden würden: sie organisieren sich nach ihrem Glauben, und es tut wahrhaftig nichts zur Sache, ob man auf dem Wege des Unsinns noch einen Schritt weitergeht und wie die Fachabteiler sich gleich nach der Konfession organisiert.

Allerdings, wird das Blatt einwerfen, die Unternehmer lassen die Religion aus dem Spiele und sie richten es so ein, daß die Glaubens- und Sittenlehre der katholischen Kirche dabei nicht verletzt wird. Wenn die Unternehmerorganisationen sich nicht mit der Religion beschäftigen, so deshalb, weil die Religion, das heißt die Kirche, sich nicht mit ihnen beschäftigt und kein Geistlicher es wagt, in ihre wirtschaftlichen Bestrebungen hineinzureden. Wenn der Klerus es mit der Arbeiterbewegung ebenso hielte, wenn die Vertreter der Kirche nicht als Gegner unserer Organisationen im Namen ihrer Religion aufträten, würden wir auch keine Ursache haben, uns mit der „Arbeiterfreundlichkeit" der Kirche und dem Wesen der Religion, in deren Namen unsere frommen Gegner uns bekämpfen, zu beschäftigen. Und im übrigen glauben wir, daß unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen die christliche Glaubens- und Sittenlehre viel weniger verletzen, als die Geschäftspraktiken des koalierten Unternehmertums mit seinen Preistreibereien, die dem Wucher gleichkommen, mit seinen Scharfmachermanieren, die auf die Vergewaltigung und Rechtlosmachung der Arbeiter hinauslaufen. Wenn ein katholischer Unternehmer sich an derlei Bestrebungen beteiligen darf, ohne von seiner Kirche daran gehindert zu werden, dann ist es ein Unding, wenn Arbeiter aus Religionsbedenken sich von ihren Klassengenossen absondern, anstatt mit ihnen gemeinsam das Höchste zu verteidigen, was der Mensch hat: das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein! Aber wie sagt das christliche Verbandsblatt: „Der Arbeiter ist der Dumme dabei!"

Es ist ein lichter Augenblick in dem Gedankengang der Christlichen, wenn sie an dem Beispiel der Unternehmer erkennen, daß auch die Arbeiter in ihre wirtschaftlichen Bestrebungen keine religiösen Momente hineintragen sollen. Aber der lichte Augenblick ist vorbei, wenn sie die praktische Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis für sich selber ziehen sollen. Was ist — um eine andere Frage zu berühren — in den Kreisen der katholischen Arbeiter, auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ehemals nicht für ein Wesen gemacht worden von der Allmacht der Kirche, ihrer sozialen Bedeutung; wie oft und wie dringend ist den gläubigen Arbeitern zu Gemüte geführt worden, daß für sie kein Heil, weder in ewigen noch in weltlichen Dingen sei, als in der Religion, im Schutze der Mutter Kirche; und wie häufig hat man es hören müssen, daß die soziale Frage nur gelöst werden könne im Sinne des Christentums, unter Mitwirkung und Führung der Kirche! Auch diese Anschauung hat in den Kreisen der christlichen Arbeiter, wie es scheint, eine merkliche Revision erfahren. Das christliche Holzarbeiterblatt macht sich nämlich in einer Auseinandersetzung mit den Fachabteilern weidlich lustig über „die Menschen, die die Verhältnisse mißachten und sich Luftschlösser bauen mit einer nie dagewesenen Macht der Kirche". Weiter heißt es:

„Die Kirche verfügt in unserem Vaterland weder über die Anhängerschaft der gesamten Bevölkerung, noch bestimmt sie die Wirtschaftspolitik des Staates, noch ist sie in der Lage, auf die in ihrer übergroßen Mehrzahl nichtkatholischen Arbeitgeber bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Einfluß auszuüben. Und wenn da Phantasien vom Schlage der Fachabteiler kommen und das Evangelium der Entsagung predigen durch die Preisgabe der sowieso langen Hilfsmittel der Arbeiterbewegung, dann ist das eine Versündigung an der darbenden Lohnarbeiterschaft. ... Die gemeinsame gute Sache der katholischen Arbeiter mag in der Anhänglichkeit an ihren Glauben und die Bekämpfung aller Umsturzbestrebungen bestehen. Das hindert aber nicht, daß auch die katholischen Arbeiter einen Magen haben, der zu gelegener Zeit knurrt, daß auch die katholischen Arbeiter vielfach eine Familie zu ernähren haben, auf deren Fortkommen sie bedacht sein müssen. Als einzige Einnahmequelle kommt der Arbeitslohn in Betracht, und diese Einnahmequelle zu vermehren und zu verbessern, ist nur möglich durch die Geschlossenheit aller Arbeiter und die Anerkennung des gewerkschaftlichen Prinzips. Wer dem Arbeiter sagt, daß er als Arbeiter auf andere Weise zu besseren Daseinsbedingungen gelange, wird den Tatsachen nicht gerecht. Nicht Theorien können dem Arbeiter helfen, sondern die Tat, die Selbsthilfe."

Wieder einmal ein lichter Augenblick! Die gläubigen Arbeiter leiden unter dem Elend ihrer Klasse genau so wie die ungläubigen; um ihre Lage zu verbessern, bleibt ihnen nichts als die Selbsthilfe, nichts als die Anwendung des alten Satzes, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selber sein kann. Dazu bedarf es der „Geschlossenheit aller Arbeiter". Soweit in der Theorie alles gut. Aber wenn es auf die Praxis ankommt, tun die christlichen Arbeiter von alledem das Gegenteil: sie gehen hin und gründen Sonderorganisationen, sie schaffen eine christliche Arbeiterbewegung, wo nur eine allgemeine Organisation, eine festgeschlossene Arbeiterbewegung dem Proletariat am besten helfen könnte!

Und warum das? Wegen der „gemeinsamen guten Sache" der katholischen Arbeiter, die besteht in der „Anhänglichkeit an ihren Glauben", das heißt in der Unterordnung unter die Kirche, die weder den Willen noch die Macht hat, den Arbeitern zu helfen, und in der „Bekämpfung aller Umsturzbestrebungen", das heißt in der Gegnerschaft zu den sozialistischen Klassengenossen und der politischen Unterstützung arbeiterfeindlicher Parteien, besonders des Zentrums. Und gerade hierin ist der Grund zu suchen, der es bei den Christlichen nur zu lichten Augenblicken, nie aber zu einer gesunden und folgerichtigen Auffassung vom Wesen der Arbeiterfrage, nie zur entschiedenen und beharrlichen Anwendung der als notwendig erkannten Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse kommen läßt. Es wird im christlichen Lager bei den lichten Augenblicken bleiben, aus den Irrungen und Wirrungen wird die christliche Gewerkschaftsbewegung, die aus Widersprüchen geboren ist, nie herauskommen.

Verfehlte Akkordpolitik.

R. Wt. Während wir über dieses Thema noch diskutieren und versuchen, der Frage nachzugehen, in welcher Richtung eine „Reform" des heutigen Akkordwesens eingeleitet werden müsse, mehren sich die Anzeichen, daß unsere Industrie auf dem besten Wege ist, das Akkordproblem praktisch ihren eigenen Interessen gemäß zu lösen. Im Märzheft der Werkstattechnik (Herausgeber Professor Dr. ing. Schlesinger, Technische Hochschule Charlottenburg, Verlag J. Springer) erschien aus der Feder des Regierungsrats F. Selter (Friedenau) ein Beitrag, der gerade in unsere Diskussion hineinpaßt, weil er zeigt, wie die Industrie die Form der „gerechten Entlohnung" praktisch durchzuführen gedenkt.

Bevor wir uns mit dieser Abhandlung beschäftigen, ist es vielleicht nicht überflüssig, den entscheidenden Entwicklungstendenzen nachzugehen, die auf dem Gebiet der Entlöhnungsmethoden immer klarer hervortreten. Nehmen wir zu diesem Zwecke Bernhards Handbuch der Löhnungsmethoden zur Hand*, ein Werk, das bis jetzt als grundlegende Arbeit über dieses Thema immer noch betrachtet werden muß, so lernen wir alle Entlohnungssysteme kennen, die bis zum Jahre 1906 überhaupt entworfen und praktisch ausprobiert wurden. Der Verfasser belehrt uns über alle Spielarten, über Zeit- und Stücklöhne, über Gruppen-Entlohnungsformen, Prämiensysteme, Gewinnbeteiligungssysteme u. s. w. Am Schlusse seiner Betrachtungen zieht er das Fazit, indem er auf die Zukunft der Entlohnungsformen hinweist:

„Die Zukunft der Löhnungsmethoden ist daher im wesentlichen abhängig von der Entwicklung des Akkordsystems, da dies nicht nur die herrschende Methode ist, sondern auch die fundamentale Methode, die allen höheren Formen zur Basis dient. Noch aber sind auf dem Gebiet des Akkordwesens die wichtigsten Aufgaben unerledigt." (Seite 233.)

„Mit einem Wort: obwohl in der deutschen Industrie die Akkordmethode alle anderen Methoden an Bedeutung weit überragt, obwohl die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie wesentlich von dieser Lohnform abhängt, ist man in der Entwicklung und Sicherung dieser Methode rückständig geblieben. In diesem Punkte bleibt für die Zukunft noch viel zu tun." (Seite 234.)

Wir werden diese Anschauungen unterschreiben müssen. Die Entwicklung führt zum Ausbau und zur Vervollkommnung des Akkordsystems und wir haben uns auch damit abzufinden.

Worin bestehen die Fehler und Mängel des bisherigen Akkordsystems? In allen Untersuchungen darüber betont der Unternehmer, daß er wohl die Macht dazu hat, dem Arbeiter zu niedrige Akkorde aufzuzwingen, daß aber die sogenannten „überkalkulierten Akkorde" sich nicht als solche sofort feststellen lassen. Denn schließlich kann man vom Arbeiter nicht verlangen, daß er zum Betriebsleiter hingeht und sich beschwert, überkalkulierte Akkorde übernehmen zu müssen. Daran werden auch die Rezepte des Herrn Jul. West nichts ändern.

Das Lohnproblem ist also für den Unternehmer ein Kalkulationsproblem. Die Richtigkeit dieses Satzes wird wir hüben und drüben voraussichtlich kein Praktiker abstreiten. Jeder Akkord, der zu niedrig oder zu hoch kalkuliert ist, bedeutet also einen Kalkulationsfehler. Der Meister oder der Kalkulationsbeamte haben sich verschätzt. Der Unternehmer sucht also das Ziel zu erreichen, durch ein besonderes System die kalkulativen Verschätzungen möglichst zu vermeiden. Das „Verdienst", eine solche Methode ausgeklügelt zu haben, gebührt dem erfahrungsreichen Fabrikorganisator und Amerikaner Taylor. Nach seiner Methode wird versucht, den Arbeitsgang in möglichst viele Teiloperationen zu zerlegen und die verschiedensten Herstellungszeiten möglichst genau zu bestimmen. Die alte Form der Preisbestimmung, die bei uns in der deutschen Industrie ebenfalls noch viel verbreitet ist, besteht darin, die Arbeitspreise gefühlsmäßig schätzen zu lassen. Dem betreffenden Meister oder Kalkulationsbeamten wird eine neue Zeichnung vorgelegt und er macht für die Herstellung eines Fabrikates einen Ueberschlag. Die Richtigkeit dieser ausgeführten Schätzungen ist bisher abhängig von Personenfragen gewesen, von der Tüchtigkeit des betreffenden ausführenden Beamten. Immer war ein gewisser Schätzungsinstinkt dazu notwendig, eine individuelle Begabung, die verfeinert wurde durch Uebung, Erfahrung, durch lange Praxis am Schraubstock oder an der Drehbank. Taylors System besteht nun darin, und diese Weiterbildung ist der Entwicklung der modernen Fabrikorganisation ganz entsprechend, an die Stelle rein gefühlsmäßiger Schätzung die Preisbestimmungen auf Grund methodischer Untersuchungen zu setzen. Zu diesem Zweck werden alle Betriebsfaktoren sorgfältig studiert. Die Leistungsfähigkeit der Maschinen wird gemessen und die höchste Leistungsfähigkeit aller Arbeiterkategorien auf Grund geheimer Kontrollmethoden ausprobiert. Ein sorgfältig ausgebildetes Kartothekensystem registriert alle Ergebnisse, so daß das Ansetzen neuer Arbeitspreise nur in einer rein schematischen Zahlenzusammenstellung besteht.

Wie dieses System auch auf deutsche Betriebe angewendet wurde, darüber macht der Regierungsrat F. Selter in seinem Aufsatz in der Werkstattechnik ausführliche Angaben. Ein größerer praktischer Versuch mit diesem neuen Kalkulationsverfahren wurde von ihm bei einer Betriebsabteilung einer großen rheinischen Fabrik unternommen. Darüber teilt er mit:

„In dieser Abteilung, die mehrere hundert Maschinenarbeiter (Dreher, Hobler, Fräser, Bohrer, Stoßer, Schleifer 2c.) sowie mehrere hundert Schlosser, insgesamt über tausend Arbeiter umfaßte, bestand bisher das in den meisten Fabriken übliche System, nach welchem die Akkorde von den Werkstattmeistern festgesetzt und so gut wie möglich durch die Betriebsbeamten geprüft wurden. Die im Betrieb ausgeführten Maschinenarbeiten waren von solcher Präzision, wie sie gewöhnlich im Maschinenbau nicht üblich sind; Toleranzen von wenigen Hundertstel Millimetern waren für Dreh- und Fräsarbeit vielfach Bedingung. Dementsprechend genau waren auch die Schlosserarbeiten. Dabei handelte es sich nicht um die Herstellung nur einer oder weniger Arten von Gegenständen, also nicht um Massenfabrikation, sondern um die Herstellung von vielen sehr verschiedenen Arten von Gegenständen, bei welchen einzelne vielfach bis zu 80 verschiedene Arbeitsstadien umfaßten, deren einzelner Lohn häufig nur Pfennige betrug. Allerdings wurden die Gegenstände meist in einer Zahl von 10 bis 100 Stück oder mehr hergestellt. Die Bedingungen konnten also für das Taylorsystem nicht als günstig bezeichnet werden.

Um nun die Feststellung der Akkorde an Hand der Zeichnungen von einem besonderen Werkstattkalkulationsbureau, das aus einem älteren, erfahrenen Techniker als Vorstand und vorläufig aus mehreren, jüngeren Werkstattmeistern bestand, ausführen lassen zu können, mußten zuvor umfangreiche Vorarbeiten gemacht werden. Zunächst wurden von sämtlichen Werkzeugmaschinen des Betriebes die Umdrehungszahlen, Vorschübe und Schnittgeschwindigkeiten festgelegt sowie die Zeiten gemessen, die bei den einzelnen Schnittgeschwindigkeiten, Vorschüben und Umdrehungen zum Drehen, Hobeln, Fräsen 2c. einer bestimmten Länge erforderlich waren.

Nachdem nun sämtliche Werkzeugmaschinen aufgenommen waren, wurden im Kalkulationsbureau die gewonnenen Zahlen in Tabellen für sämtliche Maschinengattungen des Betriebes zusammengestellt. (Als Beispiel ist die am Schlusse folgende Tabelle für eine große Hobelmaschine wiedergegeben.)

Nachdem auf diese Weise alle Vorbereitungen für die theoretische Berechnung der Akkorde getroffen waren, war es weiter erforderlich, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Maschinen sowie die günstigsten Schnittgeschwindigkeiten, Vorschübe und Spanstärken für die verschiedenen Materialien festzusetzen, um zu ermöglichen, daß die Maschinen auf das vorteilhafteste ausgenutzt wurden. Zu diesem Zwecke wurden zunächst einige Maschinen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht, ohne Rücksicht darauf, daß Riemen rissen, Lager warmliefen 2c. Auch wurden eingehende Versuche gemacht, um die für die Bearbeitung günstigsten Werkzeuge, wie Schnellhobelstähle, Fräser 2c. zu bestimmen. Der Betrieb gestaltete sich nun folgendermaßen: Sobald die Zeichnungen einer neuen Bestellung im Betriebsbureau eingingen, wurde ein Satz davon sofort in das Kalkulationsbureau gegeben. Hier war die Einrichtung so getroffen, daß für die Dreh-, Hobel- und Stoßarbeiten zusammen ein Meister und für die Fräs- und Bohrarbeiten gleichfalls ein Meister vorgesehen war. Für die Schlosserarbeiten, deren Festsetzung im Anfang noch nicht im Kalkulationsbureau erfolgte, sollte später ein besonderer Meister bestimmt werden. Alle Meister hatten stets nach den Angaben des Vorstandes des Bureaus zu arbeiten. Die Arbeiten wurden zunächst in die einzelnen Arbeitsstadien zerlegt, sodann wurde überlegt, in welcher Reihenfolge, auf welchen Maschinen und mit welchen Werkzeugen 2c. die einzelnen Arbeitsstadien auszuführen waren. Nachdem dann ferner die Schnittgeschwindigkeiten, Schnittstärken, Arbeitswege 2c. festgelegt waren, wurden mit Hilfe der in Betracht kommenden Tabellen die Arbeitszeiten für die einzelnen Arbeitsstufen berechnet. Dazu kamen dann noch die sogenannten unproduktiven Zeiten, wie Aufspannen, Umspannen, Abspannen 2c. Diese Zeiten können natürlich nicht berechnet werden, sondern müssen geschätzt werden. Verfasser hat jedoch die Erfahrung gemacht, daß die Meister — wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die Meister jüngere Werkstattmeister waren, die noch vor nicht allzulanger Zeit selbst als Maschinenarbeiter in dem Betrieb praktisch gearbeitet hatten und daher jede Arbeit aus eigener Erfahrung gründlich kannten — sich schon innerhalb ganz kurzer Zeit in der Abschätzung dieser Zeiten eine solche Uebung aneigneten, daß heimliche Beobachtungen des Verfassers später in der Werkstatt an der Maschine selbst im Anfang nur ganz geringe Unterschiede ergaben. Nachdem somit sämtliche Zeiten im Prinzip festgelegt waren, wurden die einzelnen Arbeiten mit allen den Werkstattmeistern, in deren Werkstatt später die Arbeiten ausgeführt werden sollten, ausführlich besprochen. Hatte einer von ihnen noch irgendwelche sachlich begründeten Einwendungen zu machen, so wurden diese geprüft und dann, falls erforderlich, die Zeiten geändert. Auf das stetige und innige Zusammenarbeiten von Werkstattmeistern mit dem Kalkulationsbureau wurde vor allem großer Wert gelegt. Auch wurden die Kalkulationsmeister angewiesen, sich täglich in der Werkstatt durch Augenschein von der Richtigkeit ihrer Berechnungen und Annahmen, betreffend Reihenfolge der Arbeitsstadien, günstigste Schnittstärke, unproduktive Zeiten u. s. w. zu überzeugen.

Waren die Arbeitszeiten endgültig festgelegt, so wurden die Ergebnisse sämtlicher Arbeiten, die zu einer Bestellung gehörten, zusammen in ein besonderes Buch eingetragen. Dieses Buch, das die Grundlage für alle späteren Eintragungen bildete, blieb stets im Kalkulationsbureau. War die ganze Bestellung durchkalkuliert, so erhielt zunächst der Meister der Werkzeugmacherei, nachdem schon vorher mit diesem alle für die Bestellungen erforderlichen Werkzeuge und sonstigen Vorrichtungen mündlich besprochen waren, schriftlich eine Mitteilung, welche Werkzeuge u. s. w. für die betreffende Bestellung neu zu fertigen oder bereitzuhalten waren. Auf diese Weise wurde erreicht, daß jetzt jeder Meister auf Anverlangen, sobald die zu bearbeitenden Stücke in seine Werkstatt gelangten, auch die zur Bearbeitung erforderlichen Werkzeuge u. s. w. sofort erhalten konnte, während es früher sehr häufig vorkam, daß die erforderlichen Werkzeuge vom Werkstattmeister erst mit dem Eintreffen der zu bearbeitenden Stücke und zugehörigen Zeichnungen in der Werkstatt, bei der Werkzeugmacherei bestellt wurden, so daß Arbeitsstockungen und Terminüberschreitungen u. s. w. unausbleiblich waren. Aus dem oben erwähnten Buch wurden dann die für eine Werkstatt und einen Maschinentyp geltenden Arbeiten auf sogenannte Arbeitszettel geschrieben, die den in Betracht kommenden Werkstattmeistern gegen Quittung übermittelt wurden. Auf Grund dieses Zettels ließ dann der Meister, sobald das Arbeitsstück in die Werkstatt gelangte, die betreffenden Arbeiten von den Arbeitern ausführen.

Nicht berechnet, sondern nur geschätzt waren auf den Zetteln, wie bereits erwähnt, allein die unproduktiven Arbeiten, wie: Aufspannen u. s. w. Daß die Schätzung dieser Zeiten, die meist 10 bis 20 vom Hundert der Arbeitszeit, aber bei Fertigbearbeitung noch bedeutend mehr betrugen, Erfahrungssache ist, ist selbstverständlich. Im Anfang zwar wird der Meister seine Schätzungen zweckmäßig vermittels der Stechuhr in der Tasche häufig mit der Wirklichkeit vergleichen müssen. Aber wie bereits erwähnt, erhalten die betreffenden Beamten, zumal wenn sie stets dieselbe Gattung von Arbeiten und Maschinen zu bearbeiten haben, bereits nach kurzer Zeit eine solche Fertigkeit, daß nur noch von Zeit zu Zeit Stichproben erforderlich sind."

Soweit die Ausführungen des Regierungsrats Selter, dessen Darlegungen natürlich für Arbeiter nicht bestimmt gewesen sind. Im einzelnen werden dann noch von ihm die Formulare der Arbeitszettel erörtert und verschiedene Details angegeben. Im Grundprinzip haben wir es aber mit einer genauen Wiedergabe des amerikanischen Systems Taylor zu tun. Auch diesen Vorgang haben wir als ein Beispiel zu bewerten, daß die deutsche Industrie in ihrer inneren Fabrikorganisation mehr und mehr die Tendenz zeigt, sich zu amerikanisieren.

Welche Gegenmaßregeln die Arbeiter zu treffen haben? Diese Frage zu beantworten, muß die Aufgabe eingehender interner Be-

* Handbuch der Löhnungsmethoden. Eine Bearbeitung von David F. Schloß' Methods of Industrial Remuneration. Leipzig, Verlag Duncker & Humblot 1906.

ratungen sein. Auf jeden Fall zeigt die Entwicklung der Entlohnungsformen speziell in der Metallindustrie folgende Erscheinungen: Immer klarer kristallisiert sich als Grundform aller Entlohnungsmethoden der Akkordvertrag. Das Lohnproblem wird zu einem Akkordproblem. Der Arbeiter wird beim Abschluß des Arbeitsvertrages durch geheime Kontrollmethoden und systematische Untersuchungen über die Grenzen der Leistungsfähigkeit aller Betriebsfaktoren zu überlisten gesucht. Die Unternehmer suchen den Wert jeder Einzelleistung möglichst genau kalkulativ zu bestimmen. Dadurch verschiebt sich immer mehr das Machtverhältnis zugunsten der Unternehmer. Diese haben immer mehr die Möglichkeit, in dem komplizierten Arbeitsorganismus eines großen Werkes den Wert jeder Einzelleistung ziemlich genau kalkulativ zu bestimmen, während der einzelne Arbeiter selbst, mit dem der Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, den Ueberblick über den kalkulativen Wert seiner Arbeitskraft verliert.

Große Hobelmaschine.

Schnittgeschwindigkeit in der Sekunde Millimeter	Zeit für Hin- u. Rücklauf bei 100 Millimeter Länge Sekunden	Vorschub für den Hub Millimeter	Zeit zum Hobeln von 100 Millim. Länge und 10 Millim. Breite Sekunden	Zeit zum Hobeln von 1 Quadratmeter Stunden
75	2	0,29	69	19½
		0,85	57	16
		0,58	34,5	9¾
66	2⅓	0,29	80	22¼
		0,85	67	18½
		0,58	40	11⅓
60	2⅔	0,29	92	25¼
		0,85	76	21⅓
		0,58	46	13

Vertikalselbstgang: Vorschub für 1 Hub = 0,25 Millimeter.
Zeit zum Hobeln von 100 Millimeter Länge und 10 Millimeter Tiefe = 95 Sekunden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 17. April der **17.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **17.** bis **23. April** 1910 fällig ist.

* * *

Übertritte von den Verbänden der **Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter** und **christlichen Bauarbeiter** dürfen während der Differenzen im Baugewerbe **nicht** angenommen werden.

Übertrittsgesuche von Mitgliedern dieser Verbände sind bis auf weiteres zurückzuweisen.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Rügeln** 10 ₰ pro Woche für männliche erwachsene und 5 ₰ pro Woche für männliche jugendliche und weibliche Mitglieder.

Der Verwaltungstelle **Stralsund** 10 ₰ pro Monat und Mitglied.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der **Bezirksleitung im 9. Bezirk:**

Der Schlosser Emil Leonhardt, geb. am 25. August 1875 zu Straßburg, Lit. A. Buch-Nr. 475005, wegen Streikbruch.

* * *

Öffentlich gerügt wird:

Auf Beschluß des **Vorstandes:**

Der Dreher P. R. Müller, zurzeit in Leipzig, geb. am 19. Juli 1861 zu Bautzen, Buch-Nr. 479139, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in **Bielefeld:**

Der Dreher Heinr. Waterböhr, geb. am 6. ? 1883 zu Brackwede, Lit. A. Buch-Nr. 159608, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Eßlingen:**

Der Former Adam Müller, geb. am 18. Dezember 1868 zu Waschenbach. (2608)

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Forst:**

Der Former Friedr. Zeterberg, geb am 30. November 1875 zu Torgelow. (4604)

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Torgelow:**

Der Former Karl Peter, geb. am 22. März 1882 zu Jahnick.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Danzig:**

Der Schmied Gust. Srock, geb. am 30. August 1885 zu Niedersommerkau, Lit. A. Buch-Nr. 312591, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Diedenhofen:**

Der Schlosser Wilh. Joh. Pott, geb. am 6. September 1883 zu Saarwellingen, Lit. A. Buch-Nr. 479175, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Döbeln:**

Der Klempner Max Arth. Schreier, geb. am 7. Juli 1889 zu Zwönitz, Lit. A. Buch-Nr. 432262, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Essen:**

Der Dreher Gerh. Bay, geb. am 4. Mai 1886 zu Essen, Lit. A. Buch-Nr. 444786, wegen Schwindeleien.

* * *

Gestohlen wurde:

Buch Nr. 792800, lautend auf Schlosser Aug. Franzen, geb. am 20. Juni 1882 zu Wülfrath (Velbert).

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den **„Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16 a“** zu adressieren. **Geldsendungen** adressiere man nur **an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16 a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. März 1910 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Aachen 1000 M. **Altwasser** 700. **Apolda** 500. **Arnstadt** 200. **Artern** 200. **Aschersleben** 800. **Augsburg** 2900. **Barmen-Elberfeld** 10 000. **Barth** 100. **Bautzen** 600. **Bergedorf** 500. **Berlin** 80 000. **Bernburg** 600. **Bielefeld** 10 600. **Bitterfeld** 400. **Bocholt** 55. **Bochum** 1000. **Bockwitz** 800. **Brandenburg** 5000. **Bremen** 1000. **Brunsbüttelhafen** 150. **Burgstädt** 450. **Celle** 200. **Chemnitz** 15 000. **Crailsheim** 150. **Crimmitschau** 1550. **Cassel** 150. **Dessau** 1100. **Döbeln** 800. **Dortmund** 2500. **Düsseldorf** 7150. **Duisburg** 800. **Eberswalde** 800. **Edigheim-Oppau** 250. **Einbeck** 80. **Eisenach** 1200. **Elmshorn** 250. **Elsterwerda** 500. **Erfurt** 1000. **Erlangen** 400. **Essen** 7000. **Eßlingen** 5000. **Fechenheim** 185. **Feuerbach** 1200. **Finsterwalde** 450. **Frankenthal** 4000. **Frankfurt a. M.** 17 000. **Fürstenwalde** 800. **Furtwangen** 200. **Gassen** 300. **Geesthacht** 100. **Gelsenkirchen** 1400. **Gera** 4500. **Gevelsberg** 1600. **Gießen** 800. **Gmünd** 2600. **Goldlauter** 400. **Golzern** 160. **Göppingen** 1600. **Gößnitz** 200. **Gotha** 800. **Graudenz** 150. **Greiz** 400. **Groitzsch** 400. **Grüna** 900. **Grünberg** 200. **Glückstadt** 150. **Hagen** 2000. **Hainichen** 200. **Schwäb. Hall** 200. **Hamburg** 2000. **Hameln** 200. **Hannover** 14 000. **Harburg** 800. **Harzgerode** 400. **Heidenheim** 800. **Heilbronn** 2100. **Helmstedt** 400. **Herford** 300. **Hirschberg** 150. **Höchst** 800. **Hohenstein-Ernstthal** 400. **Ingolstadt** 200. **Iserlohn** 1000. **Itzehoe** 200. **Jauer** 150. **Jena** 5500. **Karlsruhe** 4000. **Kassel** 3000. **Katzhütte** 120. **Kiel** 6000. **Kirchhain** 150. **Koburg** 150. **Köln** 10 000. **Kornwestheim** 500. **Köslin** 200. **Koswig** 100. **Krefeld** 1000. **Lambrecht** 300. **Landshut** 100. **Lauterberg** 150. **Leisnig** 120. **Liegnitz** 400. **Limbach** 800. **Luckenwalde** 1600. **Lüdenscheid** 1000. **Mainz** 4000. **Markranstädt** 600. **Markredwitz** 160. **Martinlamitz** 250. **Meerane** 600. **Mettmann** 200. **Metzingen** 157,20. **Meuselwitz** 200. **Mittweida** 200. **Mügeln** 1600. **Mülhausen i. E.** 500. **Mülheim (Rhein)** 2500. **Mülheim (Ruhr)** 1200. **Münster** 200. **Miesbach** 280. **Neugersdorf** 600. **Neumünster** 400. **Neusalz** 100. **Neustadt a. Orla** 100. **Neustadt i. Sachsen** 250. **Nossen** 100. **Nowawes-Neuendorf** 1400. **Nürnberg** 2000. **Oberstein** 2500. **Oelsnitz** 200. **Oeynhausen** 100. **Offenbach** 4000. **Offenburg** 100. **Oggersheim** 100. **Oranienburg** 150. **Oschatz** 100. **Oschersleben** 200. **Osnabrück** 1500. **Peine** 200. **Penzig** 150. **Pforzheim** 7000. **Pfungstadt** 380. **Plauen** 3000. **Plettenberg** 500. **Quedlinburg** 2600. **Radeberg** 500. **Radolfzell** 100. **Rathenow** 1500. **Ratingen** 200. **Reichenbach** 400. **Remscheid** 6000. **Reutlingen** 700. **Riesa** 1200. **Rosenheim** 200. **Roßlau** 300. **Roßwein** 200. **Rostock** 3500. **Rothenburg a. T.** 200. **Rudolstadt** 100. **Ruhla** 700. **Saalfeld** 1300. **Sangerhausen** 500. **Singen** 400. **Sömmerda** 200. **Soltau** 80. **Schmalkalden** 800. **Schmiedeberg** 1100. **Schmölln** 350. **Schönebeck** 800. **Schöningen** 200. **Schweinfurt** 4000. **Stettin** 2000. **Stolp** 300. **Strlegau** 98,90. **Stuttgart** 17 600. **Torgau** 40. **Torgelow** 300. **Triberg** 300. **Ulm** 500. **Varel** 600. **Vegesack** 3500. **Velbert** 3200. **Weimar** 400. **Weißenfels** 300. **Wiesbaden** 1000. **Wilhelmshaven** 5000. **Witten** 2000. **Wittenberge** 1000. **Wolgast** 150. **Wurzen** 500. **Würzburg** 500. **Zeitz** 1350. **Zerbst** 200. **Zittau** 800. **Zorge** 400. **Zwickau** 8000. **Stuttgart (Einzelmitglieder)** 130. Für Ersatzbücher 42,80. Sonstige Einnahmen 6058,46 M.

Die Verwaltungstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Bauschlossern** nach Stuttgart, L.;
von **Drahtziehern** nach Hohenrhein bei Niederlahnstein (C. S. Schmidt) R.;
von **Drehern** nach Gräbschen-Breslau (Firma Heckmann);
von **Feilenhauern und -Schleifern** nach Chemnitz (Feilenhauerei E. E. Schmidt's Witwe) D.; nach Werdau in Sachsen (Firma Fröhlich) D.; nach Witten (Werkzeugfabrik Soeding & Co.) M.;
von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Berlinchen (Pflugf. Schwartz) St.; nach Düsseldorf (Stahlwerk Krieger) R; nach Elbing (Firma Komnick) R.; nach Fulda (Paul Keil) St.; nach Geestemünde (Fa. J. Gerlach) D.; nach Gevelsberg (Fa. H. Dieckerhoff) D.; nach Minden (Hoppe & Homann) St.; nach Saalfeld (Stahlgießerei von Auerbach & Scheibe) M.; nach Stockum bei Witten (Stahlwerk) R.; nach Weitmar (Stahlgießerei der Westfälischen Stahlwerke) D.; nach Zwickau (Gußwerke) R.;
von **Goldschlägern** nach Dresden; nach Schwabach;
von **Kesselschmieden** nach Stuttgart;
von **Klempnern, Installateuren** und **Rohrlegern** nach Breslau L.; nach Flensburg (Fa. L. George) A.; nach Halle a. S., D.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Altwasser (Maschinenfabrik Karlshütte) D; nach Ansbach (Motorfahrzeugfabrik) D.; nach Forst i. L. (Firma Marder & Co.) St.; nach Lünen bei Dortmund (Pothof & Fluhme) D.; nach München (Firma Beisbarth, Automobilf.) St.; nach Solingen (Firma Hugo Linder, Deltawerk) Str.; nach Straßburg i. Els. (Firma Ungerer, Turmuhrenfabrik) M.;
von **Metalldrückern** nach Sundern, A.;
von **Schlossern** nach Heidenheim, D.; nach Reichenhall, L.; nach Stuttgart, L.;
von **Schmieden** und **Zuschlägern** nach Witten (Werkzeugfabrik Soeding & Co.) M.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Elektromonteure.

Fürth. Seit dem Jahre 1906 ist ein Teil der Nürnberg-Fürther Kollegen bestrebt, eine Grundlage dafür zu schaffen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Monteure und Helfer besser werden. Die Arbeit einzelner eifriger Kollegen war seither leider von wenig Erfolg begleitet, denn der sinnlose Branchenstolz, die ganz unbegründete und dünkelhafte Einbildung, in der ein großer Teil der hiesigen Kollegen lebt, ist ein Uebel, das sich anscheinend selbst durch die erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht kurieren läßt. Es ist hier keine Seltenheit, daß Monteure niedrigere Löhne haben als ihre Hilfskräfte, für deren Tätigkeit sie die Verantwortung tragen. Diese Hilfskräfte rekrutieren sich hier zum großen Teil aus Maurern und Steinhauern, die einen tarifmäßigen Stundenlohn von 60 bis 70 ₰ haben, während die Monteure mit dem Bettellohn von 38 bis 45 ₰ abgespeist werden. Es ist einfach ein trauriges und unwürdiges Verhalten, wenn sich unsere Kollegen, die sich doch zu den intelligenten Berufsgruppen zählen, nicht aufraffen und zusammenschließen, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, die einigermaßen den Zeitverhältnissen angepaßt sind. Mit den in Nürnberg und Fürth bei den Berufskollegen üblichen Löhnen ist schlechterdings nicht auszukommen. Einem Verheirateten ist es schon ganz und gar unmöglich, eine Familie mit diesem Hungerlohn zu ernähren. Da sollten die Kollegen ihren Stolz einsetzen und alles daran wenden, daß die Löhne erhöht werden, damit nicht, wie es jetzt der Fall ist, Frau und Kinder durch schlechtbezahlte und gesundheitsschädliche Heimarbeit zum Lebensunterhalt der Familie beitragen müssen. Das gleichgültige Verhalten der Kollegen hat es dahin gebracht, daß die Unternehmer eine Schmutzkonkurrenz treiben können, die unerhört ist. Die Unternehmer unterbieten sich gegenseitig, indem sie damit rechnen, daß die Gleichgültigkeit und der Mangel einer straffen Organisation bei den Monteuren und Helfern es ermöglicht, sie bis aufs äußerste auszubeuten. In der Schwachstrombranche spotten die Verhältnisse jeder Beschreibung. Junge Kollegen, die eine dreijährige Lehrzeit ohne jede Entschädigung leisten müssen, werden mit einem Stundenlohn von 15 ₰ abgespeist. Einem solchen jungen Mann bleibt keine andere Wahl, als entweder als Helfer zu arbeiten, damit er wenigstens einen Stundenlohn von 20 bis 30 ₰ bekommt, oder in einen anderen Beruf, als Ausgeher oder dergleichen, überzutreten. Die Lehrlinge werden im Interesse des Geldbeutels der Unternehmer zudem nur sehr einseitig ausgebildet, um sie bei Spezialarbeiten möglichst intensiv ausbeuten zu können. Wenn die Eltern wüßten, daß sie ihren Söhnen, die sie Elektromonteure werden lassen, noch lange nach beendigter Lehrzeit Unterstützungen zukommen lassen müssen, dann würden sie sich hüten, sie in dieser Branche in die Lehre zu geben. Bei auswärtigen Arbeiten ist von einer den Verhältnissen entsprechenden Zulage gar keine Rede. Einige Firmen haben die Zulage schon vollständig gestrichen und es ist daher auch dringend notwendig, hier einzugreifen. Eine Fürther Firma betreibt eine richtige Monteurverleihanstalt, indem sie die Kollegen an auswärtige Firmen verleiht, die dadurch Fahrtausgaben und Montagezulagen ersparen. Wie die Fürther, so verüben auch die Nürnberger Firmen Schachzüge gegen die Arbeiter, indem diese zu Akkordarbeiten gezwungen werden, um bei der Konkurrenz die Preise noch mehr als bisher drücken zu können. Ein Beispiel zeigt uns dies, wo ein Kollege für 20 Lampen nur 46 M. bekommen hat. Darum, Kollegen, rafft euch auf, erkennt eure Lage und agitiert, bis der letzte Mann sich unseren Reihen anschließt, dann wird auch unsere Lage eine bessere werden.

Feilenhauer.

Osnabrück. Die Feilenhauer sind schon öfter von uns davor gewarnt worden, hier Arbeit anzunehmen, bevor im Verbandsbureau Erkundigungen eingezogen sind. Aber immer noch fallen von Zeit zu Zeit Kollegen auf die verlockenden Angebote des Feilenhauers Arndt hinein. Im Inseratenteil von Messer und Feile ist dieser gute Mann immer zu finden. Die Gastrolle der Kollegen ist immer ziemlich kurz, meistens währt sie nur Tage. Neben Kost und Logis, die sehr viel zu wünschen übrig lassen, werden pro Woche 3, 4, vielleicht auch einmal 5 M. bezahlt. Dafür muß dann bis zu 12 Stunden geschuftet werden. Auch Prügel werden verabreicht. Darüber beklagte sich kürzlich ein Kollege bitter. Er teilte uns folgendes mit: Er sei auf ein Inserat in Messer und Feile hierhergekommen. Nach einigen Tagen sei er krank geworden. Nach seiner Genesung habe er sich bei Arndt wieder gemeldet, um das Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Arndt habe ihm aber anstatt Arbeit und Lohn Prügel angedroht und den Worten auch die Tat folgen lassen. Ferner beklagte sich der Kollege darüber, daß die Gesellen gezwungen sind, zu zweien in einem Bett zu schlafen. Wir warnen deshalb nochmals vor Arbeitsannahme in Osnabrück. Auf jeden Fall sind die Kollegen verpflichtet, den Arbeitsnachweis bei K. Thielemann, Breitergang 6, zu benutzen. — Die Misere in unserem Beruf im allgemeinen veranlaßte auch die letzte Branchenversammlung, nochmals Stellung zu einer Reichskonferenz zu nehmen. Die Meinung ging dahin, daß man wohl nicht alles Heil von einer Konferenz erwarten könne, nach Lage der Verhältnisse aber sei die Abhaltung einer solchen zur Notwendigkeit geworden. Notwendig aber sei es, diese baldigst einzuberufen, um ihr Ergebnis bei dem jetzt zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung ausnutzen zu können.

Stuttgart. Miserable Verhältnisse im hiesigen Feilenhauergewerbe gaben den Anlaß, den Abschluß eines Arbeits- und Lohnvertrages anzustreben. Mehr als anderswo hat gerade hier die Maschinenarbeit Fortschritte gemacht, wo die Handarbeit noch existiert, ist sie heruntergedrückt. Die Kleinmeister der verschiedenen Orte haben die Schmutzkonkurrenz derart gepflegt, daß eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse die Folge sein mußte. Diese Zustände zu bessern, war höchste Notwendigkeit und deshalb wurden an die Meister in Stuttgart, Cannstatt, Feuerbach und Ludwigsburg Forderungen gestellt, über die in zwei langen Sitzungen verhandelt wurde. Es kam zur Einigung über einen Vertrag, der am 1. Mai in Kraft tritt und ein Jahr Gültigkeit hat. Die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrages sind die 9½ stündige Arbeitszeit, Mindestlöhne von 38 ₰ im ersten Jahre, 42 ₰ im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit und 50 ₰ für ältere selbständige Arbeiter. Ein Akkordtarif ist ebenfalls in den Vertrag aufgenommen. Diesem Vertrag stimmten die Arbeiter zu, obwohl noch so manche Verbesserung notwendig gewesen wäre. Ist die Errungenschaft auch nur klein, so bringt sie doch gegen den seitherigen Zustand eine kleine Besserung und vor allem gleichartigere Verhältnisse. Da in den Feilenhauereien der weiteren Umgebung Stuttgarts (Eßlingen, Heilbronn, Göppingen, Kirchheim und anderen Orten) die Verhältnisse auch zu wünschen übrig lassen, soll auch dort die Anerkennung des gleichen Vertrages erstrebt werden. Die Feilenhauer haben die Pflicht, bis auf den letzten Mann sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit das Ziel um so sicherer erreicht wird.

Former.

Stuttgart. Bei der Firma Aßmann & Stockder in Münster am Neckar waren Differenzen ausgebrochen. Diese sind nach Verhandlungen zwischen Vertretern des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in zufriedenstellender Weise beigelegt worden. Die Sperre über diese Firma wurde aufgehoben.

Metallarbeiter.

Eschweiler. In Nr. 4 hatten wir in einem Bericht über das Verhalten des Obermeisters Leroy in der Eschweiler Maschinenfabrik auch das arbeiterschädigende Verhalten des dortigen Arbeiterausschusses berührt. Wir waren nun der Meinung, daß dieser Hinweis genügt haben würde, um den Ausschuß auf seine wirklichen Aufgaben hinzuweisen. Wir hatten damit aber die Rechnung ohne den „Wirt“, in diesem Falle ohne den im „christlichen“ Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiterausschuß gemacht. Wenn man von allen ausgesuchten Erbärmlichkeiten, die sich ein Teil der dort „christlich“ organisierten Arbeiter gegen unsere Kollegen erlauben, absieht und nur das Verhalten dieser Leute wegen des späteren Arbeitsbeginns für die von Aachen kommenden Kollegen in Betracht zieht, so kommt man sofort zu der Ueberzeugung, daß ein niederträchtigerer Streich wohl selten in der Arbeiterbewegung zu verzeichnen ist, als er hier von dieser Gesellschaft geleistet wurde. Ist der Haß, den diese Christen gegen unsere Organisation sonst zum Ausdruck bringen, schon ganz widerwärtig, so übersteigt das in den letzten Tagen Geschehene alles dagewesene. Ein Teil unserer Kollegen, die morgens von Aachen nach hier mit der Bahn zur Arbeit kommen, haben die Erlaubnis, eine halbe Stunde später mit der Arbeit zu beginnen, als es im Betrieb allgemein üblich ist. Unsere dort beschäftigten Kollegen sind fast durchweg tüchtige und erfahrene Arbeiter, während auf der anderen Seite so mancher ist, dem vor seinem beruflichen Können bangt. Alles dies ließ die Helden im „christlichen“ Lager nicht ruhen; deshalb wurde ein Plan ausgeheckt, wie man den verhaßten Verbändlern das Licht recht bald ausblasen könne. Hatte man erst die von Aachen aus der Bude hinausgeekelt, so glaubte man mit den dort ansässigen recht bald fertig zu

werden. Hatte der Arbeiterausschuß im Einvernehmen mit den übrigen „Christlichen" das Anerbieten der Betriebsleitung, die Arbeit morgens um 7 Uhr statt wie bisher um 6½ Uhr beginnen zu lassen, abgelehnt, so mußte dies jetzt dazu herhalten, den verhaßten Roten, die es gewagt, in diese Zentrumsbomöne einzudringen, eins anzuhängen. „Was lange währt, wird endlich gut," mögen die dortigen schwarzen Brüder gedacht haben. „Endlich" beschwerten sich nun eine „Anzahl Arbeiter" beim Arbeiterausschuß über das spätere Beginnen der Arbeit durch die von Aachen kommenden, wodurch sie sich „benachteiligt fühlten". Böse Zungen erzählen, es seien nicht Arbeiter gewesen, die sich beim Ausschuß beschwert hätten, das sei von diesem eine Erfindung, sondern es sei dies das Resultat der Besprechungen, die der „christliche" Verband für seine Mitglieder des öfteren veranlaßte, wo dann fleißig über die Verbändler losgelegt wurde. Auch ist es bis jetzt unseren Kollegen nicht gelungen, einen einzigen Arbeiter herauszufinden, der die Beschwerde beim Ausschuß vorgebracht haben soll. Daß der Ausschuß eine solche Beschwerde als zu Recht anerkannte und in diesem Sinne bei der Direktion vorstellig wurde, versteht sich für Arbeitervertreter, die das Motto der Nächstenliebe auf ihre Fahne geschrieben haben, von selbst. Der Erfolg war denn auch der, daß die Direktion erklärte: wer noch länger darauf rechne, bei der Firma beschäftigt zu werden, habe sich so einzurichten, daß mit dem 1. März die Arbeit für alle Arbeiter um 6½ Uhr morgens beginnen könne. Das pharisäische Lachen, das auf diese Bekanntmachung hin durch die Reihen der schwarzen „Arbeiterzertreter" ging, bewies unzweideutig, daß diese ihren Zweck erreicht zu haben glaubten. Unsere Kollegen wurden daraufhin bei der Direktion vorstellig und erreichten, daß der Termin bis zum 1. April verschoben wurde, da bis dahin der Antrag auf Einlegung eines Frühzuges von Aachen nach Eschweiler, den mehrere Arbeiter bei der Eisenbahndirektion gestellt hatten, erledigt sein dürfte. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß diesem Antrag vom 1. Mai an stattgegeben wird. Am 1. April trat der Betriebsleiter (ob er von irgend einer „christlichen" Seite dazu veranlaßt wurde, ist uns unbekannt) an einige Aachener Kollegen mit der Frage heran, wann sie heute die Arbeit begonnen hätten. Auf die Antwort: „Wie immer, um 7¾ Uhr", erklärte der Betriebsleiter, daß dies nicht so weitergehen könne. Der Arbeiterausschuß wurde darauf sofort zum Betriebsbureau beordert. Nachdem dieser längere Zeit mit dem Betriebsleiter allein verhandelt hatte, wurden die Aachener Kollegen dazugerufen und an diese im Beisein des Ausschusses vom Betriebsleiter die Frage gerichtet, „wer gewillt sei, von morgen dem 2. April an morgens um 6½ Uhr mit der Arbeit zu beginnen". Die Kollegen lehnten das unter den bestehenden Verhältnissen entschieden ab. Hierauf nahm das Ausschußmitglied Hermanns, der auch Vertrauensmann des „christlichen" Metallarbeiter-Verbandes ist, das Wort und erklärte: Der Ausschuß halte unbedingt daran fest, daß die Aachener vom 1. April an mit der Arbeit morgens um 6½ Uhr beginnen, andernfalls auch die übrigen Arbeiter sich nicht mehr an die Fabrikordnung gebunden hielten. Um die Infamie und Niedertracht, die in dieser Erklärung liegt, ermessen zu können, ist es notwendig, zu wissen, daß, wenn die Kollegen von Aachen um 6½ Uhr morgens unter den jetzigen Verhältnissen mit der Arbeit beginnen würden, diese um 2½ bis 3 Uhr nachts zu Hause fortgehen müßten. Daß diese Forderung der sich christlich schimpfenden Arbeitervertreter der Forderung einer sofortigen Entlassung der Aachener Kollegen gleichkommt, ist klar. Damit glaubten diese „christlichen" Helden den Augenblick für gekommen, wo den Verbändlern in der Eschweiler Fabrik der Lebensnerv abgeschnitten werden würde. Familienväter mit noch schulpflichtigen Kindern, junge Männer, die die einzige Stütze alter Eltern sind, sollen nach dem Willen „christlich" Organisierter um Lohn und Stellung gebracht werden. Echt „christlich"! Eine solche Gesellschaft wagt es, über den angeblichen Terrorismus anderer zu heulmeiern und zu schwindeln. Solche Gestalten stellen sich im Betrieb hin und danken laut ausrufend mit gefalteten Händen dem allmächtigen und allwissenden Gott, wenn eine Aufnahme für den „christlichen" Verband gemacht wurde. Solches Gelichter hat die Stirn, bei unseren jüngeren Kollegen zu agitieren und dabei unsere Mitglieder als Lumpen zu verdächtigen! Von einer solchen Gesellschaft muß sich doch jeder halbwegs anständige Mensch mit Verachtung abwenden. Für das Gebaren dieser „Christen" fehlt der parlamentarische Ausdruck, für solche Heuchler und Pharisäer gibt es nur ein Pfui!

Eßlingen. (Ein Gewaltakt in der Eßlinger Maschinenfabrik.) Dieser Betrieb ist jetzt noch in fünf von einander getrennte Werkstätten mit besonderen Leitungen zersplittert; durch die neuen Werkstätten in Mettingen bei Eßlingen wird dieser Zustand zum Teil beseitigt. Die Leitung der Firma beabsichtigt nun, an Stelle der verschiedenartig lautenden Arbeitsordnungen einheitliche Bestimmungen zu setzen, die alle Betriebe umfassen und speziell für den neuen Betrieb Geltung haben sollen. Eine zeitgemäße Aenderung der alten Arbeitsordnungen wäre längst nötig gewesen, eine solche Ausgestaltung hätte der Firma zur Ehre gereicht. Wer aber bei dieser Firma entsprechende Einsicht vermutete, hatte sich schwer getäuscht. Schon im Februar d. J. bekamen die Arbeiterausschüsse den neuen Entwurf zugestellt, sie mußten sich aber verpflichten, davon nach außen nichts laut werden zu lassen. Das schlechte Gewissen mochte doch wohl befürchtet haben, daß die neuen Bestimmungen Sturm aufwirbeln könnten. Das war auch der Fall; in stark besuchten Versammlungen protestierten die Arbeiter gegen diesen Entwurf, der einer Zuchthausordnung ähnlich sieht. Es folgten darauf mehrere Abänderungen. Die Umstellung der Worte änderte jedoch am Sinn der Arbeitsordnung nichts und so wurde auch der redigierte Entwurf wieder als unannehmbar erklärt und zu einer Verständigung gemeinsame Verhandlungen verlangt. Hatte man das erstemal die Arbeitsordnung noch ausgegeben, wurde sie das zweitemal nur noch verlesen, so daß es den Arbeiterausschüssen unmöglich war, alle Paragraphen der vielen Bestimmungen zu erfassen. Die Direktion glaubte aber nun, sich über die Einwände der Arbeiterausschüsse und der Versammlungen hinwegsetzen zu können: am Montag den 4. April ließ man die Leute einzeln zu den Meistern kommen, wer die Arbeitsordnung nicht unterschreiben wollte, wurde mit Entlassung bedroht. Der Anfang wurde bei den Arbeitern gemacht, von denen man den geringsten Widerstand vermutete. So ist denn ein Stück Terrorismus verübt worden, das zum schärfsten Protest herausfordert. Abgesehen von einer Menge sonstiger rigoroser Bestimmungen enthält die oktroyierte Arbeitsordnung auch folgende: „Unnötiges Lärmen, Umherlaufen, müßiges Zusammenstehen, ferner das Abhalten von Versammlungen, Zusammensetzen von Listen und Rundschreiben jeder Art, Sammeln von Geld oder Unterschriften, Verkauf von Losen, Eintrittskarten u. s. w. ohne Erlaubnis, sowie jede politische und gewerkschaftliche Betätigung innerhalb der Fabrikgrundstücke ist verboten." Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, hat Bestrafung zu gewärtigen, wie es in der Arbeitsordnung überhaupt nur so wimmelt von Strafbestimmungen, es fehlen nur noch Haftstrafen. Ein brutaler Gewaltakt ist geschehen, die Folge davon wird sein, daß jeder anständige Arbeiter diesen Betrieb meidet, die Firma mag dann die Aktionäre und Direktoren zur Arbeit heranholen. In den Körperschaften jedoch, wo Arbeitervertreter sitzen, wird bei Vergebung von Arbeiten, an denen auch die Eßlinger Maschinenfabrik beteiligt ist, auf diesen brutalen Gewaltakt hinzuweisen sein, damit Firmen berücksichtigt werden, die den Bestrebungen der Arbeiterschaft mehr Verständnis entgegenbringen.

Heilbronn. Zum erstenmal seit dem Zusammenschluß der Verwaltungsstellen Heilbronn, Neckarsulm und Neckargartach wollen wir die Spalten unseres Verbandsorgans in Anspruch nehmen. Wenn es nun geschieht, so aus dem einfachen Grunde, weil die Kollegen hier am Orte gerade im verflossenen Quartal bewiesen haben, daß auch sie gewillt sind, ernsthaft mitzuarbeiten an der Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dies kam mit aller Deutlichkeit in der Generalversammlung zum Ausdruck, die am 2. April stattfand, wo es galt, den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1910 entgegenzunehmen. Die Delegierten (bei der räumlichen Ausdehnung unseres Verwaltungsgebietes und um auch den auswärtigen Kollegen Gelegenheit zu geben, in alle Einzelheiten des Verbandslebens eingeweiht zu werden und daran teilnehmen zu können, mußten wir zum Vertretersystem greifen) sahen denn auch mit einer begreiflichen Spannung dem Ergebnis des ersten Quartals entgegen. Kollege Bahler, der den Kassenbericht gab, wies einleitend darauf hin, daß die Erwartungen unserer Kollegen, die sie an die Anstellung eines Geschäftsführers geknüpft hatten, im ersten Quartal wohl vollauf in Erfüllung gegangen sind. Nicht nur das finanzielle Ergebnis, sondern auch der moralische Erfolg, den die Verwaltungsstelle im ersten Quartal erzielte, sei ein durchaus befriedigender. Die Abrechnung der Hauptkasse ergab an Einnahmen: Kassenbestand laut der letzten Abrechnung 338,82 M., Beitrittsgeld von 247 männlichen Mitgliedern à 50 ₰ 123,50 M., Beitrittsgeld von 49 jugendlichen Mitgliedern à 20 ₰ 9,80 M., 15 257 Beiträge à 60 ₰ für männliche Mitglieder 9154,20 M., 505 Beiträge à 25 ₰ für jugendliche Mitglieder 126,25 M., 5 Beiträge à 10 ₰ nach § 6 Absatz 2 des Statuts 50 ₰; Summa 9752,57 M. Die Ausgaben waren: Reisegeld für 127 Tage à 1 M. 127 M., Umzugsunterstützung 120 M., Erwerbslosenunterstützung: a) durch Krankheit 1857,18 M., b) durch sonstige Ursachen 425,36 M., Unterstützung wegen Maßregelung 126 M., Unterstützung in Notfällen 30 M., Sterbegeld 35 M., Oertliche (Lokal-) Ausgaben (20 Prozent der Beiträge) 1856,19 M., Gesamtausgaben 4626,78 M.; an die Hauptkasse eingesandt 4700 M., letzter Kassenbestand 425,84 M.; Summa 9752,57 M. Das günstige finanzielle Ergebnis der Hauptkasse blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf die Lokalkasse. Durch den Zusammenschluß der drei Verwaltungstellen stieg der Kassenbestand auf 6113 M., die sonstigen Einnahmen, wie die 20 Prozent, Extrabeiträge u. s. w., erhöhten den Kassenbestand auf 9007,34 M. Dieser erhöhten Einnahme stehen natürlich auch Mehrausgaben für Agitation und sonstige Zwecke gegenüber. Kostete uns doch nur die Bureaueinrichtung allein 2451,07 M. Dieser Posten wird in späteren Abrechnungen nicht wiederkehren. Nach Abzug aller Ausgaben bleibt für die Lokalkasse immer noch ein Bestand von 4477,17 M. Die Mitgliederzahl steigerte sich beträchtlich. Sie betrug bei der Verschmelzung 1105. Dem Zuwachs von 358 durch Neuaufnahmen, Uebertritte und Zugereiste steht ein Abgang von 86 gegenüber, so daß am Schlusse des ersten Quartals die Mitgliederzahl 1377 betrug. Nicht weniger als 131 Sitzungen und Versammlungen waren notwendig, um die Arbeit zu bewältigen, und es mußten noch viele Wünsche der Kollegen zurückgestellt werden, deren Erfüllung im zweiten Quartal nachgeholt werden muß. Auch mehrere Differenzen mit Unternehmern hatten wir zu erledigen; in einigen dieser Fälle mußte der Geschäftsführer persönlich eingreifen, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. In den meisten Differenzfällen ist ein voller Erfolg erreicht worden. Einige Bewegungen kleineren Umfanges zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses wurden geführt, die guten Erfolg hatten. An organisatorischer und agitatorischer Arbeit ist also wohl das Möglichste geleistet worden, der vereinten Kraft und gemeinsam geleisteten Arbeit ist dieser Aufschwung zu verdanken. — Kollegen und Metallarbeiter von Heilbronn! Vorstehendes beweist, daß auch in Heilbronn „etwas zu machen ist". Die Arbeiterschaft braucht nur zu wollen. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung der Betriebe, soweit sie für uns in Frage kommen, ist mit einer Zahl von nahezu 150 gerechnet worden. Die Mehrzahl der Betriebe beschäftigten unter 10 Arbeiter und gehören somit zum Kleingewerbe. Aber doch sind in allen Betrieben zusammen nicht weniger als 3000 bis 3200 Metallarbeiter beschäftigt. Nicht einbegriffen sind dabei die Metallarbeiter, die als Betriebs- und Reparaturschlosser, als Dreher, Schmiede Kesselschmiede u. s. w. in den Nahrungsmittelfabriken und anderen Industrien beschäftigt sind. Es dürfte sich dadurch die Zahl wesentlich erhöhen. Eine Statistik, die die Verwaltung zurzeit veranstaltet, wird ein genaues Bild darüber liefern. Aus dieser Statistik wird zu ersehen sein, welche Arbeit wir hier noch zu leisten haben da sich der Vollständigkeit halber diese Arbeit auch auf die Zahl der Organisierten in den einzelnen Betrieben erstreckt. — In den hiesigen Betrieben herrscht noch der Zehnstundentag und die 60 Stundenwoche. Nur in wenigen Betrieben ist eine kürzere Arbeitszeit eingeführt. Das Ueberstundenwesen grassiert hauptsächlich im Kleingewerbe, in dem die Organisation der Arbeiter nahezu vollständig brachliegt. Die Löhne, die hier in der Metallindustrie gezahlt werden, sind mit wenigen Ausnahmen unzureichend. Heilbronn hat die Lebensmittelpreise einer Großstadt, während die Löhne durchweg „kleinstädtisch" sind. Es gilt also, den Hebel anzusetzen. Hunderte von Kollegen stehen uns noch fern; diese zu kämpfern und Streitern für unsere Sache zu machen, soll unsere nächste Aufgabe sein. Es gilt, die in hartem, zähem Kampfe gewonnene Position zu behaupten und neue Erfolge zu erringen.

Linden-Hannover. (Zur Frage der Jugendorganisation.) Eine der wichtigsten Aufgaben, die die organisierte Arbeiterschaft sich gestellt hat, ist unzweifelhaft die Schaffung von Jugendorganisationen. Daher ist es mit Freuden zu begrüßen, daß der Kollege Wissell in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung dieses Thema angeschnitten hat. Bei der Energie, die die moderne Arbeiterbewegung in allen sie interessierenden Fragen entwickelt, muß es fast wundernehmen, daß es bis zum Parteitag in Nürnberg 1908 gedauert hat, die Frage der Jugendorganisation praktisch in Angriff zu nehmen. Dort wurde bekanntlich die Resolution gefaßt, daß überall unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Frauen lose Jugendorganisationen ins Leben zu rufen sind. Eine straffe Form der Jugendorganisation ist ja bei dem jetzigen herrschenden Polizeisystem unmöglich. Nachdem nun in allen Orten, wo es möglich war, Jugendausschüsse gebildet sind und auch ein großer Teil von ihnen schon einen Jahresbericht in der Arbeiter-Jugend gegeben hat, ist es möglich, sich einen Ueberblick dahin zu gestalten, ob nun für unsere Jugend das Zweckmäßigste geschaffen oder ob noch etwas Besseres möglich ist. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß die Zeit, die seit dem Nürnberger Parteitag verflossen ist, ein abschließendes Urteil noch nicht gestattet, doch wird jeder, der die Entwicklung der Jugendorganisation aufmerksam verfolgt, mit dem Resultat nicht ganz zufrieden sein. Um nun eine bessere Tätigkeit in bezug auf die in der Metallindustrie tätigen Jugendlichen ausüben zu können, sind ja bekanntlich die Kollegen in verschiedenen Städten dazu übergegangen, Jugendorganisationen nach Dresdener Muster zu gründen. Auch wir in Hannover haben das getan, und zwar mit dem besten Erfolg. So hatten wir beispielsweise bei dem neulichen Gründungsvortrag, der von dem Kollegen Kramer gehalten wurde, von den zirka 2300 hier in der Metallindustrie tätigen Jugendlichen 1045 zusammengebracht. Dieser Erfolg hat ganz natürliche Ursachen, denn der junge Arbeiter fühlt sich zuerst an seinen Beruf und an die Berufskollegen gebunden, stärker wenigstens, als das allgemeine Klassenbewußtsein in ihm erwacht. Daher ist auch nichts natürlicher, als daß man dieses Moment benützt, um den jungen Kollegen durch Aufklärung in den Jugendorganisationen Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl beizubringen. Darum können unsere Kollegen der Jugendbewegung gar keinen besseren Dienst leisten, als wenn sie sie nach Dresdener Muster einrichten. Mag auch in kleineren Orten die allgemeine Organisation auf Grund der persönlichen Verhältnisse gute Erfolge aufweisen — ich gebe zu, daß sie unter solchen Verhältnissen sogar praktischer sein kann —, so kann für größere Orte nur eine Jugendbewegung auf gewerkschaftlicher Grundlage die Erfolge zeitigen, die im Interesse der Sache notwendig sind. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die allgemeinen Jugendausschüsse wertlos seien, ich halte sie sogar für notwendig und es wird sich bei gutem Willen ein Weg finden, um sie als anregende und kontrollierende örtliche Zentralinstanzen auszubauen. Weit schwieriger ist meines Erachtens die Auswahl des zu bietenden Lehrstoffes und die Beschaffung geeigneter Lehrkräfte. Für größere Städte wohl nicht so, wie an kleineren Orten. In diesen wird die Bildungsarbeit sich wohl hauptsächlich auf gute Lektüre und ihre Besprechung beschränken. Erfreulich ist, daß allgemein die Auffassung vorherrschend ist, die jungen Kollegen nicht mit trockenen theoretischen Fragen, wie sie zum Beispiel die Nationalökonomie bietet, zu plagen, sondern ihnen vor allem eine gute Allgemeinbildung zu geben. Vor allem ist auch notwendig, sie mit der auf der freien Wissenschaft basierenden Weltanschauung bekanntzumachen. Hierzu bietet je die Naturwissenschaft eine gute und dankbare Handhabe. Derart durchgebildete Kollegen werden auch, gezwungen durch die sie umgebenden Verhältnisse, gute Sozialdemokraten werden und den politischen Ereignissen interessiert gegenüberstehen. Wir dürfen jedoch bei allen Maßnahmen nicht vergessen, daß die Jugend auch noch etwas Zeit und Gelegenheit zu weniger ernsten Dingen haben will und muß. Die Rekrutierung muß alljährlich erneuert werden und man muß deshalb eine gewisse Klassifizierung vornehmen, damit den jungen Kollegen nicht immer dasselbe wieder zu bieten ist. Auch der Tag, der sich zur Abhaltung von Vorträgen und Veranstaltungen am besten eignet, ist nicht von untergeordneter Bedeutung. Am besten wird immer der Sonntag sein, trotzdem ja gerade dann die Lokalfrage am schwierigsten zu lösen sein wird. Aber es kommt auch in Betracht, daß die Jugendlichen den Fortbildungsschulunterricht besuchen können und vor allem, daß den bei den Meistern wohnenden Jugendlichen die Teilnahme zu ermöglichen ist. Das Unternehmertum bewirkt ja bekanntlich schon vor, indem es in die Lehrkontrakte die Bestimmung aufzunehmen sucht, daß den Lehrlingen die Teilnahme an jeder freien Jugendorganisation verboten ist, stellenweise bei Strafe der Entlassung. Wenn uns deshalb auch nicht bange ist, da die Lehrlinge schon von selber eine gute Werbetätigkeit entfalten und wir ja aus Erfahrung wissen, daß verbotene Früchte desto süßer schmecken, so muß doch die Auswahl des Tages der Veranstaltungen richtig gewählt werden. An den abendlichen Veranstaltungen können die, die beim Meister wohnen, nicht teilnehmen. Geteilter Meinung kann man darüber sein, ob in den Jugendorganisationen auch eine sportliche oder turnerische Tätigkeit entfaltet werden soll. Ich meine, daß da, wo eine Arbeiterturnerschaft ist, man ihr die Jugend zur turnerischen Ausbildung wohl überlassen kann. Es braucht nur auch hierüber eine Verständigung herbeigeführt zu werden, um ein Konkurrieren zu vermeiden. Denn es ist ausgeschlossen, daß der junge Kollege den Beitrag zur Jugendorganisation bezahlt, die Arbeiter-Jugend abonniert und dann auch noch 30 ₰ für den Arbeiterturnverein bezahlt. Dies sind so einzelne Punkte, die bei der proletarischen Jugendbewegung wohl bedacht sein wollen. Aber dies alles läßt sich bei einigermaßen gutem Willen schon überwinden. Die Jugendorganisation wird viel Arbeit und Mühe machen und auch nicht wenig Geld kosten; das darf uns aber nicht davon abhalten. Nachdem sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß dieses Gebiet bisher zu unserem eigenen Schaden nicht beackert worden ist, dürfen wir auch keine Mühe und Opfer scheuen, nun auch hier vorwärts zu kommen. Wir dürfen und wollen nicht Muckern und Ueberpatrioten dies Gebiet überlassen. Wenn unsere Kollegen an recht vielen Orten nach Dresdener Muster eingerichtete Jugendorganisationen schaffen, dann werden wir bis zu unserer nächsten Generalversammlung auf ein gutes Resultat blicken können. W. B.

München. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt kürzlich in den Zentralsälen ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Ischinger. Das Jahr 1909 stand im Zeichen der Krise. Sämtliche Sparten der Metall- und Maschinenindustrie haben mit ganz geringen Ausnahmen schwer zu leiden gehabt. Schon im 4. Quartal 1908 waren in der Maschinenindustrie Arbeiterentlassungen in großem Umfang zu verzeichnen. Neben diesen Arbeiterentlassungen fanden Einschränkungen der täglichen Arbeitszeit um 1 bis 2 Stunden statt. Mitunter ging auch ein Betrieb dazu über, einzelne Tage in der Woche die Arbeiter aussetzen zu lassen. Auch im Baugewerbe nahm die Arbeitsgelegenheit sehr rasch ab. Im 4. Quartal 1908 und im 1. Quartal 1909 hatte die Verwaltungsstelle am schwersten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Die Zahl der Beschäftigten dürfte um rund 2000 Personen abgenommen haben. Entsprechend der großen Arbeitslosigkeit sind auch die Summen für Arbeitslosenunterstützung gewaltig in die Höhe gegangen. So wurde an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt im 4. Quartal 1907: 6800 M., im 4. Quartal 1908 jedoch 19 100 M.; im 1. Quartal 1908: 15 300 M., im 1. Quartal 1909 jedoch 41 300 M.; im 2. Quartal 1908: 6200 M., im 2. Quartal 1909 dagegen 25 500 M. Zusammen wurden im Jahre 1909 88 300 M. gegen 48 800 M. im Jahre 1908 ausbezahlt. In der Vertretung der Arbeitsloseninteressen zur Erlangung der gemeindlichen Unterstützung hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband in vorderster Reihe gestanden. Die vielen und umfangreichen Entlassungen hatten auch ein Sinken des Mitgliederstandes im Gefolge. Die Mitgliederzahl ging vom Anfang des 1. Quartals bis zum Schluß des 2. Quartals um 608 zurück. Im 3. und 4. Quartal war es möglich, den Rückgang auszugleichen; wir hatten am Ende des Berichtsjahres 7505 Mitglieder. Unter den 7505 Mitgliedern sind 6994 männliche, 460 weibliche, 51 jugendliche. Ende 1908 beteiligten wir uns an einer Deputation beim Verkehrsministerium, um die Vergebung von Güterwagen zu beschleunigen. Der Gründung des Arbeitsnachweises des Metallindustriellen-Verbandes wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt. In einem eigenen Flugblatt wie auch in einer imposanten Protestversammlung wurde dagegen Stellung genommen. Von den 28 bedeutenderen Bewegungen verliefen 25 ohne Streik. Bei 3 kam es zur Arbeitseinstellung. Durch die 25 Lohnbewegungen ohne Streik wurde für 46 Betriebe mit 600 Arbeitern die Arbeitszeit um 1265 Stunden pro Woche oder 65 780 Stunden pro Jahr verkürzt. In 490 Betrieben mit 1924 Beschäftigten wurden wöchentlich 2642 M. oder 137 384 M. jährlich Lohnerhöhung erzielt. Durch die Arbeitsniederlegungen wurde der Abschluß von zwei Tarifen und auch die Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit erreicht. An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich 100 Kollegen. In München bestehen in der Metallindustrie 26 Tarife für 888 Betriebe mit 3825 Arbeitern. Die Verwaltung glaube ihre Pflicht getan zu haben und spreche zugleich allen Kollegen, die mitgearbeitet haben, den Dank aus. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild: Die Einnahme der Hauptkasse belief sich auf 257 396,96 M., die Ausgabe auf 254 163,11 M., so daß ein Kassenbestand von 3233,85 M. in der Hauptkasse zu verzeichnen ist. Die Lokalkasse verzeichnet: Einnahmen 183 269 87 M., Ausgaben 65 333,15 M., so daß ein Kassenbestand von 117 936,72 M. verbleibt. Die Gesamtbilanz erzielt 443 899,89 M. Einnahmen, 321 789 26 M. Ausgaben, Kassenbestand 122 110,57 M. Der Verwaltung wurde einstimmig Decharge erteilt.

Neuenbürg a. E. Aus der im weiten Umkreis „wohlbekannten" Bügeleisenfabrik der Firma Friedrich Waldbauer, Direktion Staub, haben sich in letzter Zeit die Klagen über die dort herrschenden unwürdigen Zustände derartig gehäuft, daß es wieder einmal an der Zeit ist, die Oeffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, da es Herr Staub durchaus nicht anders haben will. Schon im Jahre 1907 sind in Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung die Zustände einer Kritik unterzogen worden. Es war damals versucht worden, mit der Firma vorher in Verhandlungen zu treten. Herr Staub hat aber auf das höfliche Ersuchen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht geantwortet. So auch jetzt. Herr Staub beweist dadurch nur, daß ihm die gewöhnlichen Anstandsformen abgehen. Die fremden Arbeiter fesselt man dadurch an den Betrieb, daß man ihnen für die ersten 6 Tage (nach der Arbeitsordnung 1899) nichts auszahlt. Wenn so ein armer Teufel nichts zu beißen hat, stellt man ihm einen sogenannten „Gutschein" auf 60 ₰ bis 1,50 M. aus. Diese Gutscheine sind nur in bestimmten Wirtschaften gültig. Wenn ein Arbeiter beim Verlassen des Dorados wähnt, noch genügend Geld herauszubekommen, wird ihm dieser Glaube zerstört, weil das Strafreglement in Kraft tritt. Dieses ist wohl einzig in seiner Art. Das Strafgeld fließt in eine Kasse, über die man nur weiß, daß davon kranken, hilfsbedürftigen Arbeitern Zuschuß gewährt werden soll. Die volljährigen Arbeiter sollen auch bei der Verwendung der Gelder befragt werden, aber bis jetzt weiß man sich keines derartigen Falles zu erinnern. Nach der letzten Betriebsversammlung scheint man selbst das Unhaltbare dieses Zustandes eingesehen zu haben; man hat schnell die vorhandenen 1625 M. aufs Oberamt gebracht, wie gesagt wird, zur Aufbewahrung. Außer dem Strafsystem nach der Arbeitsordnung gibt es auch Abzug bei Fehlguß oder wegabkommenem Werkzeug. Den Formern wird sogar, wenn sich nachträglich Fehler herausstellen, der Arbeitslohn der Schlosser, Schleifer u. s. w., der durch die Reparaturen entstanden ist, abgezogen, ohne den Betreffenden zu fragen und ohne festzustellen, wer den Guß gemacht hat. Gewöhnlich trifft es immer den, der gerade aufsteht. Die Bügeleisen werden aber trotz ihrer „Repa-

ratur" in den Handel gebracht, wie man sagt, als Ausschußware. Die Differenz zwischen Ausschuß- und fehlerfreier Ware trägt der Arbeiter. Aber darüber, ob wirklich Ausschuß geroffen worden ist, fehlt zuweilen jede Kontrolle. Ein Arbeiter hatte Hochzeit. Die Firma schenkte ihm ein — Bügeleisen im Werte von 15 M. Am folgenden Zahltag erfolgte ein Lohnabzug von 11 M. wegen Fehlguß. Ein anderer Fall: Ein Arbeiter kam zu spät zur Arbeit. Er entschuldigte sich bei Herrn Staub. Eine Weile danach aber teilte Herr Staub dem Arbeiter mit, daß er 30 ₰ Strafe bezahlen müsse. Auf die Bemerkung des Arbeiters, daß er sich doch entschuldigt habe, sagte Herr Staub: „Ja, das nutzt nix, Sie haben keine Zeugen!" In der Arbeitsordnung steht auch, daß, wenn jemand krank sei, dies innerhalb drei Tagen der Firma schriftlich mitgeteilt werden müsse, sonst setze es Strafe. Als einem Arbeiter dieserhalb 2 M. abgezogen werden sollten und er damit nicht einverstanden war, erfolgte die Entlassung. So könnte eine ganze Reihe derartiger Fälle angeführt werden. Die Schlosser müssen sich die Spiralbohrer selbst kaufen und die Schneidbohrer selbst anfertigen, damit der Betrieb ja recht rentabel ist. Die Feilen, die von anderen Firmen schon als alt abgegeben wurden, werden von der Firma Waldbauer als neue Silberstahlfeilen in Gebrauch genommen. Die Schlosser behaupten, daß nur der saubere Arbeit liefern könne, der sich für sein Geld selbst Feilen kaufe. Die Gürtler müssen sich das Silberlot selbst kaufen; es ist bei der Firma für 2 ₰ pro Gramm erhältlich. Auch bei den Gürtlern ist es üblich, sich die Feilen selbst zu kaufen, um den Beruf nicht gar zu sehr in Mißkredit zu bringen. Die Flaschner müssen das Zinn selbst kaufen, das zu 70 ₰ pro Kilogramm auch bei der Firma zu haben ist. Ueber das Abwiegen werden Klagen laut. Bei den Schleifern fehlt der Schmirgel, der nur Montags und Donnerstags verabfolgt wird. Geht dem Schleifer der Schmirgel aus, behilft er sich mit anderen Materialien. An diese Verhältnisse reihen sich die Mißstände in sanitärer und hygienischer Beziehung würdig an. Diese auszurotten, scheint selbst der Fabrikinspektion nicht möglich zu sein. Auf eine Eingabe der hiesigen Geschäftsstelle, die 9 Punkte betraf, erklärte die Fabrikinspektion, daß bei der Revision am 20. September unter Aufzählung von nicht weniger als 20 Beanstandungen die Firma veranlaßt worden sei, die Abstellung der Uebelstände herbeizuführen. Es wird nichts anderes helfen, als daß mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die Firma vorgegangen wird. Auch die Süddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft hat von den Mißständen Kenntnis. Die Sittlichkeit fördernd dürfte es auch nicht sein, wenn Kontorpersonal und Arbeiterinnen einen gemeinsamen Abort benützen. — Was wir hier angeführt, ist nur ein Bruchteil der Mißstände und Unregelmäßigkeiten, die bei der Firma Waldbauer bestehen. Sie zu beseitigen, wird und muß Aufgabe der Organisation sein, und sie wird Herrn Staub noch manche unruhige Stunde bereiten, falls er von seinem Standpunkt, die Organisation auszuschalten, nicht abgeht. Herr Staub ist jetzt willens, den Betrieb vollständig von den Organisierten zu säubern. Nun, Herr Staub wird eines anderen belehrt, sein Bildungsgrad gefördert werden. Die Organisation wird bleiben und die Mißstände müssen beseitigt werden, trotz dem Entgegenstemmen des Herrn Staub.

Warmbrunn i. Riesengebirge. Hier besteht als einziges in Betracht kommendes Unternehmen der Metallindustrie die Maschinenfabrik von H. Füllner. Daß der Inhaber dieser Firma, Herr Kommerzienrat Füllner, nicht nur in Wohlfahrtseinrichtungen, wie: Arbeiterkolonie und Volkspark macht, sondern sich auch noch um das Seelenheil seiner Arbeiter bekümmert, mußte vor kurzer Zeit ein junger Schlosser erfahren, der seinen Austritt aus der Landeskirche angemeldet hatte. Durch den „liberalen" Herrn Pastor Schwab erfuhr auch der Herr Kommerzienrat davon. Dieser ließ den Sünder in sein Privatkontor kommen und stellte ihn vor die Wahl: entweder das Austrittsgesuch zurückzunehmen oder die Arbeit zu verlassen. Doch der Kollege blieb fest. Darauf erfolgte prompt die Kündigung. Wenn nun der Herr Pastor auch nicht erreicht hat, daß der verlorene Sohn reuig zur Mutter Kirche zurückkehrte, so ist es ihm in Betätigung christlicher Duldsamkeit doch gelungen, den Kollegen aus der Arbeit zu bringen. Auch eine Betriebskrankenkasse besteht bei dieser Firma. Die Krankenkassenvertreter fungieren gleichzeitig als Arbeiterausschuß. Interessant ist es, wie dieser Arbeiterausschuß zustande kommt. Nachdem bei der Krankenkassenvertreterwahl die Arbeiter abgestimmt haben, erscheint ein Prokurist, der als Vertreter der Firma das Recht hat die Hälfte der abgegebenen Stimmen für die bei der Firma beliebten Kandidaten abzugeben. Diese haben dann natürlich die Mehrheit und sie können ihr Doppelamt als Krankenkassenvertreter und Arbeiterausschußmitglieder antreten. Möchten alle Kollegen aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie nur geschlossen dagegen ankämpfen können. Darum rufen wir ihnen zu: Tretet ein in eure Berufsorganisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Schlosser.

Stuttgart. Die hiesige Schlosserinnung hat es bekanntlich bei der Tarifkündigung unterlassen, unserem Verband als Mitkontrahenten die Kündigung zuzustellen, daher lehnten die Kollegen die Gültigkeit der Kündigung ab. Die Meister haben inzwischen einen neuen Vertrag ausgearbeitet, der lediglich die alten Bestimmungen mit einigen Verschlechterungen enthält. Ueber diesen Vertrag hätten Verhandlungen stattfinden sollen. Da über die Rechtsfrage der Kündigung zuerst ein gerichtliches Urteil herbeigeführt werden soll, sind Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt abgelehnt worden, in der Zwischenzeit soll jedoch mit aller Entschiedenheit auf die Einhaltung des alten Vertrages und der darin vorgesehenen, am 1. April in Kraft tretenden Lohnsteigerung hingewirkt werden. Mehrere Meister sind dem Verlangen der Kollegen entgegengekommen; bei den anderen ist am Freitag den 1. April die Kündigung eingereicht worden, weitere Kündigungen werden folgen. An der Spitze der tarifbrüchigen Firmen marschiert der Obermeister der Innung, Herr Rößler, und ihm zur Seite stehen die Firmen Kantlehner und Jäger, lauter Innungsgrößen, die mit so schlechtem Beispiel vorangehen. Eigentlich kann man den anderen widerspenstigen Meistern ihr Verhalten gar nicht verübeln, wenn der Führer mit so gutem Beispiel vorangeht; sie werden anders handeln, wenn den leitenden Personen der Innung gezeigt wird, was sie zu tun haben. Da sich jetzt noch nicht übersehen läßt, welchen Umfang die Differenzen in Stuttgart annehmen, so wird dringend vor Zuzug gewarnt. Wenn an anderen Orten Bauschlosser gesucht werden, bitten wir dies uns hierher mitzuteilen, damit die abreisenden Kollegen wissen, wohin sie sich wenden können.

Rundschau.

400 000.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung bringt in ihrer Nr. 14 folgende Notiz:

„Lehrreiche Zahlen. In ihrer Nummer vom 19. März trägt die Metallarbeiter-Zeitung am Kopfe eine stolze Zahl. Sie kann sich mit einer Auflage von 400 000 Exemplaren brüsten. Im April 1906 war die 300 000-Nummer herausgegeben worden, und hierzu sind nunmehr weitere 100 000 Abonnenten getreten. Diese Frequenz wirft ein helles Schlaglicht auf das Interesse und die Opferwilligkeit, die man in Arbeiterkreisen der Organisation entgegenbringt. Ohne weiteres muß anerkannt werden, daß sich das Bürgertum in mancher Beziehung hieran ein Beispiel nehmen könnte. Anderseits beweist die Tatsache, daß sich ein radikal-sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan einer solchen Verbreitung rühmen darf, wie sehr wir im Rechte sind, wenn wir fortgesetzt darauf hinweisen, daß man den Umfang und das Wachstum der ‚roten Gefahr' nicht unterschätzen darf. Revisionistische Plänkeleien und linksliberale Vertuschungskünste dürfen über das Bedenkliche der Situation nicht hinwegtäuschen. Man sehe der Tatsache klar ins Auge, daß fast die ganze in der deutschen Metallindustrie tätige Arbeiterschaft vom Geiste der Metallarbeiter-Zeitung erfüllt oder doch stark beeinflußt ist. Und es bedarf keiner näheren Ausführung über die Folgen, die mit einer solchen „Infiltration" notwendig verbunden sind. Darum Augen auf, ihr deutschen Arbeitgeber, diese 400 000 Exemplare der Metallarbeiter-Zeitung sind ebenso viele Geschosse, die alljährlich gegen euch geschleudert werden! —"

Wir quittieren dankend.

Gewerkschaftliches.

Generalkommission. In der Nr. 13 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erstattet der Vorsitzende Genosse Legien Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission im vergangenen Jahre. Einleitend wird auf die die Arbeiterklasse im Jahre 1909 so stark berührende Tätigkeit des Reichstags hingewiesen, auf die sogenannte Finanzreform, die eine erhebliche Verteuerung der Gebrauchs- und Genußmittel im Gefolge hatte und die organisierte Arbeiterschaft zu erneuten Anstrengungen aufrief, um durch den Lohnkampf einen Ausgleich zwischen Teuerung und Verdienst herbeizuführen. Auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung war dagegen die Arbeit des Reichstages äußerst dürftig. Der dem Reichstag neuzugegangene Gesetzentwurf des Arbeitskammergesetzes zeigt nur die Aufnahme der Verschlechterungen, nicht der Verbesserungen, die die Kommission beschloß. Die Gewerkschaften müssen nun von neuem ihre Forderungen dagegen geltend machen. Einen gleich scharfen Protest vom Standpunkt der Arbeiterinteressen fordert die Reichsversicherungsordnung. In Rücksicht auf die Bedeutung dieses für die Arbeiter so wichtigen Gesetzes hatte die Generalkommission bei den Zentralverbänden angeregt, auf den Generalversammlungen der Verbände sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Die Generalkommission selbst stellte Referenten aus ihrer Mitte dazu. Auch hier läßt der neue Entwurf jede Berücksichtigung der von den Gewerkschaften und den Versicherten erhobenen Wünsche vermissen.

Der von deutschen Bundesstaaten immer mehr zur Einführung gelangende Legitimationskartenzwang für Arbeiter konnte durch Intervention der Arbeitervertreter im Reichstag nicht beseitigt werden. Die Generalkommission hat nun der Internationalen Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen das Material über den Legitimationskartenzwang unterbreitet. Die Vertreter der Konferenz verpflichteten sich, dafür zu wirken, daß die ausländischen Regierungen Schritte tun, um die Rechte der Staatsangehörigen ihrer Länder gegenüber dem Vorgehen der Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten zu wahren.

Von der Zentrale für die arbeitende Jugend kann über gute Fortschritte in der Jugendbewegung berichtet werden. Das von der Zentrale herausgegebene Blatt ist in der Auflage so gestiegen, daß es sich aus der Einnahme von Abonnementsgeldern erhalten kann. Eine Konferenz von Vertretern der Jugendausschüsse dürfte in absehbarer Zeit stattfinden, um eine Aussprache über die praktischen Erfahrungen in der Jugenderziehung und Jugendbildung herbeizuführen. Auch die Organisation der Hausangestellten, besonders aber die der Landarbeiter haben erfreuliche Fortschritte gemacht.

Eine neue Einrichtung, die das Tätigkeitsgebiet der Generalkommission wirksam erweitern wird, ist mit der Errichtung einer Sozialpolitischen Abteilung getroffen worden, die in den nächsten Wochen ihre Funktion aufnehmen wird. Sie wird die Arbeiten für den Bauarbeiterschutz, Heimarbeiterschutz u. s. w. in sich aufnehmen, für den Arbeiterschutz im allgemeinen wirken, dafür nötige Materialien sammeln, ordnen und verarbeiten und jederzeit zur Verfügung halten, um den Arbeitervertretern in den Parlamenten bei Anträgen und Begründungen von Gesetzesvorlagen dienen zu können. Der Parteivorstand hat hierzu seine Mitwirkung zugesagt, da doch auch diese Materialiensammlung von den Abgeordneten der Partei in der Hauptsache benutzt werden dürfte.

Eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser machte sich notwendig, da im Berichtsjahr wiederum vielfach Anträge an die Generalkommission zur finanziellen Unterstützung von Gewerkschaftshäusern gestellt wurden, auch mehrfach Sammlungen über den Ort hinaus zum Bau von eigenen Gewerkschaftshäusern gemacht wurden. Nach einer erschöpfenden Aussprache auf der Konferenz wurde eine Zentralstelle geschaffen, die bei der Errichtung und Verwaltung von Gewerkschaftshäusern um Rat und Auskunft angegangen werden kann.

Sodann wird der internationalen Beziehungen gedacht, der in England in Aussicht genommenen Demonstrationen für den Frieden, der Einladung, der, weil von einer Privatgesellschaft ausgehend, von der Generalkommission nicht Folge geleistet werden und die später wegen der Wahlbewegung in England nicht zur Ausführung kommen konnte, ferner des Besuchs des Vertreters der amerikanischen Gewerkschaften in Deutschland, der Tagung der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des bevorstehenden internationalen Kongresses.

Die von der Generalkommission geleitete Agitation vollzog sich durch Errichtung von Agitationsstellen und Auskunftsstellen an einigen Orten. Durch die Herausgabe von Broschüren und der italienischen und polnischen Fachzeitung wurde diese Agitation unterstützt. Das Korrespondenzblatt wurde inhaltlich vorteilhaft erweitert durch Beifügung einer monatlich erscheinenden Literaturbeilage, die alle Neuerscheinungen gewerkschaftlicher Literatur bespricht, ferner auch durch Vermehrung der statistischen Beilage; die Auflage erhöhte sich auf 26 200 Exemplare.

Es wurden drei gewerkschaftliche Unterrichtskurse abgehalten. Zu 21 Generalversammlungen der Gewerkschaften entsandte die Generalkommission Vertreter. Die Generalkommission hielt 48 Sitzungen ab.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen einschließlich des Kassenbestandes rund 789 000 M., die Ausgaben rund 350 000 M., so daß 438 695 M. Vermögensbestand verbleiben. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 90 000 M. gestiegen, die Einnahmen dagegen nur um ein geringes. Von den Ausgaben wurden mehr als 50 Prozent für Agitation verwendet. In den Sammlungen für Streiks ist die für die Schweden mit rund 1 300 000 M. aufgeführt, ein Betrag, der seit der Bergarbeiterbewegung im Jahre 1905 in Deutschland als Streiksammlung noch nicht erreicht worden ist.

Kupferschmiede. Vom 28. März bis zum 2. April tagte in Mannheim die siebente Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands. Es waren 44 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder und ein Vertreter des Ausschusses anwesend. Der Geschäftsbericht des Vorstandes, den Saupe erstattete, umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezbr. 1909, also drei Jahre. Die wirtschaftliche Depression ist auch an diesem Verband nicht spurlos vorübergegangen. Gegen das Ende der Berichtsperiode gewann es den Anschein, daß auch in der Kupferschmiederei der Höchstpunkt der Krise überwunden ist und eine finanzielle Entlastung eintreten wird. Der Verband hatte unter einer ungeheuer starken Fluktuation zu leiden. Innerhalb der Berichtsperiode traten 2599 Mitglieder ein. Dieser Zunahme steht aber ein Verlust von 2197 Mitgliedern gegenüber, von denen allein 1315 wegen Nichtzahlens der Beiträge ausgeschlossen wurden. Bei Beginn der Berichtsperiode betrug der Mitgliederbestand 4043 und am Schlusse der Periode 4445. Die Zunahme, die auf das Konto der sehr energisch betriebenen Agitation zu setzen ist, beträgt also 402. Unter den 63 Bewegungen in der Berichtszeit waren 9 Angriffsstreiks und 8 Abwehrstreiks. In 28 Fällen war die Arbeitseinstellung nicht erforderlich und in 18 Fällen kamen von den Unternehmern verhängte Aussperrungen in Frage. Mit vollem Erfolg endeten 23 Bewegungen mit 611 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 26 Bewegungen mit 603 Beteiligten, erfolglos waren 9 Bewegungen mit 96 Beteiligten. Bei vier Bewegungen mit 20 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt. Ein Fall war am Jahresschluß noch nicht beendet. Erzielt wurde bei den Lohnbewegungen für 438 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 889 Stunden pro Woche und für 905 an den Bewegungen beteiligte 2383 M. Lohnerhöhung pro Woche. An den gesamten Bewegungen waren 1334 Verbandsmitglieder beteiligt. Die aufgewendeten Kosten betrugen 32 825 M., davon 5838,50 M. aus Lokalmitteln der in der Bewegung stehenden Filialen und fast 27 000 M. aus der Hauptkasse. Es wurden 19 Tarifabschlüsse vollzogen, die für 99 Betriebe mit 670 Kollegen in 16 Filialen Geltung hatten. Am ganzen bestanden am 31. Dezember 1909 81 Tarife für 233 Betriebe und 1293 Kollegen. Ueber die Beziehungen zu anderen Verbänden wird im Bericht gesagt, daß sich diese gegenseitigen Beziehungen, die bei der vorigen Generalversammlung in Breslau ziemlich gespannt waren, einigermaßen freundlich, besonders mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, gestaltet haben, so daß nur vereinzelte Reklamationen notwendig waren, die bis auf einen Fall durch kollegiales Entgegenkommen erledigt wurden. Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen im Jahre 1907 119 565 M., 1908 125 431 M. und 1909 129 988 M. Die Ausgaben betrugen 1907 86 310 M. (72 Prozent der Einnahmen), 1908 132 733 M. (105 Prozent) und 1909 124 360 M. (95,6 Prozent der Einnahmen). Für Unterstützungen wurden von der Gesamteinnahme im Jahre 1907 38 Prozent, 1908 71,7 Prozent und im Jahre 1909 61,6 Prozent ausgegeben. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 1909 123 088 M. In der Debatte über den Geschäftsbericht wurde von den Delegierten anerkannt, daß Streiks nur mit Zustimmung des Vorstandes inszeniert werden dürfen, doch wurde gewünscht, der Vorstand solle dabei nicht zu ängstlich sein. Zwei Redner hoben hervor, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Metallarbeiter-Verband nötig sei, man habe diesem viel zu verdanken. Betont wurde auch, daß die Kasse gestärkt werden müsse, wenn sie den Anforderungen bei größeren Kämpfen gewachsen sein solle.

Der zweite Vorsitzende Hecht referierte über Agitation und führte dabei besonders aus, daß der Verband sich mehr um die Jugend kümmern müsse. Für die Kupferschmiede sei es schwierig, besondere Jugendabteilungen zu gründen, weil 74 Prozent der Lehrlinge in Kleinbetrieben tätig sind. Der Verband könne nur die Jugendlichen auffordern, der freien Jugendorganisation beizutreten und dann den Mitgliedern dieser Organisation, wenn sie in den Verband eintreten, die Beiträge anrechnen. Die Statutenberatungskommission wurde beauftragt, für die Aufnahme der Lehrlinge die nötigen Unterlagen auszuarbeiten. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, „mit den Vorständen der in der Metallindustrie in Frage kommenden Organisationen zwecks gemeinsamer Veranstaltungen für die in der Metallindustrie tätigen Lehrlinge in Verbindung zu treten". Ein Antrag, eine Geschichte des Verbandes herauszugeben, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Nachdem Umbreit als Vertreter der Generalkommission über die Reichsversicherungsordnung referiert hatte, wurde eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen den Regierungsentwurf wendet und die Forderungen der Arbeiter enthält. Ueber den Gewerkschaftskongreß referierte Saupe. Dieser erhob am Schlusse seiner Ausführungen die Klage, daß die kleinen Organisationen auf dem Gewerkschaftskongreß zurückgesetzt worden seien. Die Leitung des Kongresses sei nicht einwandfrei gewesen.

Bei der Statutenberatung wurde beschlossen, daß Lehrlinge, die im letzten Lehrjahre stehen, aufgenommen werden können. Das Eintrittsgeld, das bisher 2 M. betrug, wurde auf 50 ₰ festgesetzt. Für Lehrlinge soll das Eintrittsgeld 20 ₰ betragen. Der Beitrag (bisher 60 ₰) wurde nach längerer Beratung mit 36 gegen 8 Stimmen auf 65 ₰ erhöht. Lehrlinge sollen 20 ₰ Beitrag zahlen. Die Reiseunterstützung beträgt 1 M. täglich und steigt von 60 M. bei 52wöchiger Beitragsleistung bis zu 150 M. bei 520wöchiger Beitragsleistung. Die Ortsunterstützung beträgt künftig, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, 1 M., 1,25 M., 1,50 M. und 2 M. pro Tag, und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu einer Höhe von 60 M. und bei 10jähriger Mitgliedschaft bis zu 150 M. Die Unterstützung beginnt mit dem achten Tage nach der Anmeldung beim Kassierer. Bei der Invalidenunterstützung wurde auf Vorschlag des Zentralvorstandes beschlossen, daß diese erst nach zehnjähriger Mitgliedschaft — bisher schon nach fünfjähriger — gewährt wird. Die Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung wurde nach einem Antrag von Vorstand und Ausschuß herabgesetzt und beträgt nunmehr bei 52wöchiger Beitragsleistung 14 M. pro Woche, bei 26- bis 52wöchiger Beitragsleistung 10 M. pro Woche, bei 13- bis 26wöchiger Beitragsleistung 9 M. pro Woche, bei weniger als 13wöchiger Beitragsleistung 6 M. pro Woche. Verheiratete Mitglieder erhalten außerdem ohne Rücksicht auf die Steuerzeit für jedes Kind ohne Unterschied des Alters bis zur Entlassung aus der Schule 1 M. pro Woche. Die Unterstützung beginnt vom ersten Tage an. Zur Inanspruchnahme der Umzugsunterstützung ist der gemeinsame Wechsel von Wohn- und Arbeitsort erforderlich. Die Umzugsunterstützung, die nicht geändert wurde, wird künftig nur bei einer Entfernung von 25 Kilometer an (bisher ohne bestimmte Grenze) bezahlt, und zwar bis zu dem Höchstbetrag von 80 M. Bei der Wahl der Verbandsleitung wurden die bisherigen angestellten Funktionäre und der Ausschußvorsitzende wiedergewählt.

Fabrikarbeiter. Die Nr. 15 vom Proletarier, Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, ist in einer Auflage von 150 000 Exemplaren erschienen. Die Zahl der Verbandsmitglieder bleibt nicht hinter dieser Zahl zurück, weil einem Teil der Mitgliedschaft statt des Proletarier die Gleichheit und italienische oder polnische Blätter geliefert werden. Das erste Quartal dieses Jahres hat dem Verband einen Zuwachs von 10 000 Mitgliedern gebracht. Auch diese Organisation hat demnach die hemmende Wirkung der Krise überwunden. In der genannten, gut redigierten und ausgestatteten Nummer wird das Ereignis gebührend gefeiert. Man darf dem Verband zu diesem Erfolg gratulieren und ihm weitere Erfolge wünschen. Auch für ihn gibt es noch viel zu tun.

Gewerbegerichtliches.

Erschlichene Streikarbeit. 310 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wolfram-Lampen-Aktiengesellschaft zu Lechhausen klagten, vertreten durch den Arbeitersekretär Schmidt, vor dem dortigen Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung in einer Gesamthöhe von 6210 M., weil die Firma infolge eines in einer Abteilung ausgebrochenen Streiks die Arbeitszeit im gesamten Betriebe ganz erheblich verkürzt hatte, ohne den davon betroffenen Arbeitern vorher davon Mitteilung zu machen, oder sie für den Lohnausfall zu entschädigen. Die Klage hatte schon einmal das Gewerbegericht Lechhausen beschäftigt (siehe Met.-Ztg. Nr. 3, Seite 22). Es wurde damals festgestellt, daß der Streik der Arbeiter in der einen Abteilung durch die Firma selbst verschuldet worden war, ein Streik auch kein Elementarereignis ist, wie es im § 15 des B. G.-B. vorgesehen ist. In Anerkennung dieser Feststellung verurteilte das Gericht denn auch die beklagte Firma zur Zahlung von 6210 M. Entschädigung einschließlich 4 Prozent Verzugszinsen vom 1. Jan. 1910 an die 310 Kläger. Die Einrede der beklagten Firma wurde als nicht stichhaltig zurückgewiesen.

Ein gelber Geschäftsbericht.

Der Geschäftsbericht des sogenannten Arbeitervereins vom Werk Augsburg nebst dem der damit verbundenen Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse und der Krankenhilfs-, Begräbnis- und Aussteuerkasse ist uns auch dieses Jahr prompt auf den Tisch geflogen. Wir brauchen aber diesmal uns nicht so ausführlich mit ihm zu beschäftigen oder, richtiger gesagt, wir können es gar nicht einmal, denn sein Inhalt ist in diesem Jahre dürftiger als früher. Schon das ist kein gutes Zeichen für die gelbe Herrlichkeit. Dabei herrschte die noch immer nicht völlig überwundene Krise im vorigen Jahre noch umgeschwächt und allgemein ist man doch der ganz zutreffenden Ansicht, daß die niedergehende Konjunktur die beste Zeit für das Zunehmen gelber und anderer arbeiterfeindlicher Organisationen ist. Der gelbe Verein der Augsburger Maschinenfabrik, dieses mit allen möglichen Mitteln hochgehaltene Bollwerk der Gelben hat im Jahre 1909 (wo die Gewerkschaften schon wieder erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben) nach den Angaben dieses offiziellen Berichts am Ende des Jahres 1908 2546 Mitglieder gehabt, am Ende des Jahres 1909 dagegen nur 2492, also 54 weniger. Soviel wird der Verlust also zum allermindesten betragen haben. Nun haben im „Werk Augsburg" im vergangenen Jahre infolge des schlechten Geschäftsganges Arbeiterentlassungen stattgefunden, wenn auch — wie

auf dem uns vorliegenden gelben Papier zu lesen ist — „erfreulicherweise nicht in dem Maße, wie bei anderen Firmen". Da sollte man doch glauben, daß der gelbe Weizen blühte wie noch nie, daß viele Arbeiter, um der Entlassung zu entgehen, sich schleunigst in den gelben Verein aufnehmen ließen. Daß dies nicht geschah, kann wohl als Beweis dafür gelten, daß der Glaube an die gelbe Herrlichkeit nicht sehr stark ist. Wir brauchen deshalb auf das, was zur Beschönigung des Rückganges gesagt wird, nicht weiter einzugehen. Von der „gelben Bewegung" in anderen Betrieben und Orten wird diesmal nichts gesagt, unter Hinweis darauf, daß das „Schriftamt der nicht gewerkschaftlichen Arbeiter" einen eigenen Bericht herausgeben wird. Da wird der gelbe Verein bei Krupp wohl als Rausreißer dienen müssen, um den „Fortschritt der gelben Bewegung" konstruieren zu können.

Eine der besonderen Renommierunterstützungen ist die für die Mitglieder während der aktiven Militärzeit und während militärischer Reserve- und Landwehrübungen. Für die Aktiven wurden 659,94 M. ausgegeben (1908: 408 M.), für die Reservisten und Landwehrmänner 845 M. (1908: 1007 M.). Es gibt nach ein- bis zweijähriger Mitgliedschaft monatlich 3 M., nach drei bis fünf Jahren 4 M. und nach sechs und mehr Jahren 5 M. Beschlossen ist dies lediglich von der Vorstandschaft; die Mitglieder haben bei der Festsetzung solcher Unterstützungen, die doch mit einer gewissen Regelmäßigkeit geleistet werden müssen, offenbar „nix to seggen". Wie kann es auch anders sein? Sie bringen ja auch nicht das Geld dafür auf; da müssen sie schon mit dem zufrieden sein, was ihnen gnädigst gewährt wird. Gelbe Demokratie! Interessant ist dabei die Art der Steigerung. Es gelten da folgende Stufen: ein- bis zweijährige Mitgliedschaft, drei- bis fünfjährige und sechs- und mehrjährige. Wie ist es nun mit solchen, die 2½ oder 5½ Jahre Mitglieder sind? Nach dem Wortlaut der „meisterhaft" formulierten Bestimmungen müßten sie eigentlich gar nichts erhalten, weil für sie nichts vorgesehen ist. Wahrscheinlich wird zur Erlangung der Unterstützung von 4 M. der Empfänger schon drei volle Jahre Mitglied sein müssen, und zur Erlangung der 5 M. sechs volle Jahre. Dann sollten die Herren aber auch so ehrlich sein und dies gleich deutlich aussprechen, mit solcher Deutlichkeit, wie sie sie in den Statuten der ihnen so verhaßten Gewerkschaften vorfinden können. Aehnlich schlaue Bestimmungen finden wir bei den Unterstützungen für die Reservisten und die Landwehrmänner. Diese steigen für Ledige je nach der Dauer der Uebungszeit und der Mitgliedschaft von 6 M. bis zu 40 M. Verheiratete erhalten das Doppelte.

Schön und charakteristisch für die ganze „gelbe Bewegung" ist der Abschnitt über die Christbaumfeier. Das ist beinahe genau derselbe byzantinistische Wortlaut, wie im vorjährigen Bericht. Offenbar ist gelbes Hirnschmalz eine Sache, mit der sparsam umgegangen werden muß. Wozu auch soviel davon verbrauchen! Die Mitglieder merken wohl doch nichts davon.

Was den Wohnungsbau für die Mitglieder anlangt, so wollen wir — da uns weiteres Material darüber nicht vorliegt — annehmen, daß den Mitgliedern tatsächlich etwas annehmbares geboten wird, zumal weil Unternehmer und Behörden diese Bestrebungen in jeder Weise unterstützen. Wenn die Behörden es doch auch bei den Genossenschaften so machten, die nur von Arbeitern gegründet und geleitet werden. Da könnte man bei dem heutigen Stande des Baugenossenschaftswesens noch viel mehr tun, um die Wohnungsnot zu lindern und brauchte nicht gelb zu werden.

Von einer Arbeitslosenversicherung wollen die Gelben nichts wissen. Kein Wunder, denn sie widerspricht ja den „Prinzipien" des ganzen gelben Rummels. Was in diesem Geschäftsbericht darüber bemerkt wird, steht auf derselben Höhe wie das, was der Obergelbe Chatelet am 17. November 1908 in einer vom bayerischen Ministerium des Innern einberufenen Konferenz „geredet" hat (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1908, Nr. 48, Seite 387). Aus dem vorliegenden Bericht ist noch folgende schöne Stelle (Seite 14) hervorzuheben:

„Die seitens der Landwirte so viel beklagte Dienstbotenflucht in die Stadt wird durch Errichtung einer Arbeitslosenversicherung voraussichtlich gefördert."

Agrarier und Gelbe — da haben sich nette Arbeiterfeinde zusammengefunden!

Ein schnurriges Machwerk ist auch der Jahresurlaub der Mitglieder. Es gibt nämlich — drei Tage, aber erst, wenn man — zehn bis vierzehn Jahre im Betrieb ist. Wer es fertiggebracht hat, so lange dort auszuhalten, darf in den drei Tagen noch ganze 8 M. Zuschuß verzehren. 1907 gab es wenigstens 10 M., das ist aber nach gelben Begriffen augenscheinlich zuviel. Wie steht es übrigens mit der Lohnzahlung während des Urlaubs? Da gibt es wohl nichts, denn sonst wäre dies doch sicher unter den üblichen Komplimenten vor der Direktion noch besonders hervorgehoben worden. Damit man uns nicht ungerecht schelten kann, wollen wir noch bemerken, daß der Urlaub bis auf sieben Tage und der Zuschuß bis zu 20 M. steigen kann. Wer das aber genießen will, muß — über vierzig Jahre im „Werk Augsburg" geschanzt haben. Da lohnt es sich allerdings gewaltig, sein Koalitionsrecht aufzugeben. Dasselbe ist der Fall mit den sogenannten Altersprämien, wofür diesmal 24 994 M. ausgegeben wurden. Auffallend ist dabei, daß man stets sorgfältig verschweigt, wie viele Arbeiter welche erhalten und wie lange sie schon beschäftigt sind. Man hat wohl Ursache, zu verhüten, daß nachgerechnet wird, wieviel Pfennige oder Bruchteile von solchen auf den einzelnen Arbeitstag der „prämiierten" Arbeiter entfallen. Auch mit der Warenverkaufsstelle des gelben Vereins sind anscheinend keine Bilder herauszustecken, denn der ganze dividendenberechtigte Umsatz betrug nur 51 886,35 M., also für jedes Mitglied im Durchschnitt nur reichlich 20 M. Das ist kümmerlich wenig.

Mit freuden Federn schmückt sich der gelbe Vorstand auf Seite 19 des Berichts, wo er sagt:

„Wir hatten Gelegenheit, in verschiedenen Fällen Gesuche und Wünsche unserer Mitglieder bei der Firma vorzubringen und zu vertreten. In allen Fällen konnten wir Entgegenkommen konstatieren, insbesondere auch gelegentlich der am 7. März 1910 in Kraft getretenen Arbeitszeitverkürzung, auf welche wir im Jahresbericht für 1910 zurückkommen werden."

Man darf da gespannt sein, was in diesem Bericht stehen wird. Die Sache ist nämlich folgendermaßen: Im Nürnberger Betrieb wurde voriges Jahr die Arbeitszeit verkürzt, aber nicht auf Wunsch der Gelben. Nun sollte in Augsburg das Gleiche geschehen. Die Vertreter der Gelben lehnten jedoch die Arbeitszeitverkürzung ab (siehe Met.-Ztg. 1910, Nr. 1, Seite 7). Nachträglich ist diese nun doch eingeführt worden und es ist möglich, daß die gelben Freunde kürzere Arbeitszeit, nachdem der Direktion dieser blamable Zustand zu dumm wurde, schließlich umgefallen sind. Das ist aber nichts, worauf die gelben Herren stolz sein können.

Die Einnahme betrug 64 672,60 M., darunter 50 929 M. vom „Werk Augsburg". Davon gilt das, was wir im vorigen Jahre (Metallarbeiter-Zeitung 1909, Nr. 17, Seite 133) darüber gesagt haben, noch wie vor. Als Vermögen werden 148 410,22 M. angegeben.

Die Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse hatte am Ende des Jahres 800 Mitglieder gegen 846 im Jahre vorher. Sie hatte einen Abgang von 53 Mitgliedern. Davon sind nur ganze sechs pensioniert worden. Kein Wunder, wenn es im Bericht heißt, der Stand der Kasse sei „sehr günstig", zumal weil jedes aufzunehmende Mitglied das 40. Jahr nicht überschritten haben darf.

Mit der Krankenhilfskasse, die im letzten Jahre in eine Krankenhilfs-, Begräbnis- und Aussteuer-Kasse umgewandelt worden ist, ist noch wie vor nicht viel Staat zu machen. Ihr Vermögen betrug ganze 5255,79 M.

Wenn man diese Berichte mit denen früherer Jahre vergleicht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die „gelbe Bewegung" anfängt, unpopulär zu werden. Das ist ja kein Wunder, nichtsdestoweniger hatten wir nicht erwartet, daß dies so bald schon eintreten würde. Unter solchen Umständen erscheint es begreiflich, daß zu der gelben Generalversammlung, die am 12. März stattfand, trotz eifrigster Agitation sich samt Vorstandsmitgliedern, Gönnern, Beamten und Frauen kaum 300 Personen einfanden. Das ist nicht viel. Man soll zwar seine Gegner beileibe nicht unterschätzen, indessen will es uns doch scheinen, daß es mit dauernden Erfolgen der gelben Messtaffe noch recht gute Wege habe.

Vom Ausland.

Belgien.

Die Regionale Föderation Antwerpen, die dem Belgischen Metallarbeiter-Verband angehört, gab vom 8. Okt. 1905 bis zum 1. Mai 1908 ein eigenes Organ, De Metaalbewerker, heraus. Infolge der Streitigkeiten in den dortigen Gewerkschaften kam es zu einer Spaltung und infolgedessen mußte das Blatt eingehen. Es wurde nunmehr ein Blatt für alle Berufe mit dem Titel Ons Vakblad herausgegeben. Dieses erschien bis zum 6. Februar 1910. Um diese Zeit einigten sich die beiden Richtungen wieder. Ons Vakblad ist daraufhin eingegangen und die Metallarbeiter geben nun ihr eigenes Organ mit dem gleichen Titel von neuem heraus. Es erscheint zweimal im Monat. Es will uns nicht recht einleuchten, daß für einen Bezirk des kleinen Belgien ein besonderes Verbandsorgan nötig sein soll. Die Arbeit und das Geld, die dazu nötig sind, könnten nach unserer Meinung besser für den Ausbau des (noch sehr verbesserungsbedürftigen) allgemeinen Verbandsorgans verwandt werden.

Serbien.

Seit der Gründung des Metallarbeiter-Verbandes in Serbien sind acht Jahre verflossen. Die achte Jahresversammlung des Verbandes wurde am 25., 26. und 27. Dezember (7., 8. und 9. Jan. nach unserer Zeitrechnung) in Belgrad abgehalten. Wenn man bedenkt, daß Serbien ein Land ist, wo die Industrie noch sehr weit zurückgeblieben ist, und wo man für sie noch sehr wenig Sinn hat; wo das einzige Bestreben ist, nur Geldspekulationen zu machen, wenig zu riskieren, aber viel zu verdienen, so ist man auch davon überzeugt, daß der Standpunkt einer auf dem Boden des modernen Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisation ein sehr schwieriger ist. Dennoch ist es dem Verband der Metallarbeiter gelungen, den sozialen Gedanken unter den Massen zu verbreiten und die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären. Der Verband wurde im Jahre 1901 unter dem despotischen Regime des Alexander Obrenovics gegründet, hatte als kleiner Verein, der seine Tätigkeit nur auf Belgrad ausüben konnte, bis zum gewaltsamen Tode Alexanders Schikanen aller Art zu ertragen. Diese Zeit, die der Verband seine Gründungsjahre nennen kann, ist mit dem Blute der Proletarier rot gefärbt. Als junger, kaum gegründeter Verein hat er die Bluttaufe erhalten und sich bis heute durchgearbeitet. Auf das heutige Ergebnis kann er mit Stolz und Selbstbewußtsein blicken. Vom Gründungsjahr bis zum Jahre 1903 fehlen uns die Daten, da alles konfisziert und verbrannt wurde, unsere Genossen wurden durch wütende Gendarmen auf die Belgrader Präfektur (Glavnyacsa) geführt, wo sie blutig geschlagen wurden, so daß die meisten nur als Krüppel sich wieder unter freien Männern zeigen konnten. Nach dem Tode Alexanders mußten die herrschenden Klassen eine demokratische Verfassung zustande bringen, um ihre Greueltat zu beschönigen, und von dieser Zeit an geht es Schritt um Schritt nach vorwärts, trotzdem aber in einem steten Kampf mit den Behörden, obgleich uns die Verfassung ein vollkommen freies Koalitionsrecht zusichert.

Der Verband hatte

Jahr	Mitglieder	Einnahmen in Franken	Ausgaben in Franken
1906 . . .	395	6625,10	2770,20
1907 . . .	328	5112,95	5477,14
1908 . . .	354	5260,45	5525,10
im ganzen	1077	16998,50	13772,44

Unter den Ausgaben sind hervorzuheben:

Jahr	Arbeitslosen-	Reise-	Streik-
	unterstützung in Franken		
1906 . . .	236,85	127,50	385,10
1907 . . .	518,—	167,—	2323,80
1908 . . .	529,—	435,—	3228,05
im ganzen	1270,85	729,50	5936,95

Von größeren Streiks kann man nennen: den Streik der Arbeiter in der Zuckerfabrik im Jahre 1907, wo der Verband zur Unterstützung auch Mitglieder anderer Branchen eine Summe von 2400 Fr. geleistet hat, dieser Streik wurde mit Gewalt unterdrückt. Im Jahre 1908 hatten wir die Aussperrung der Spengler von Belgrad. Trotzdem Streikbrecher absolut nicht zu bekommen waren, ging die Aussperrung nach siebenmonatiger Dauer ohne Verständigung mit den Unternehmern mit halbem Sieg zu Ende. Die Bedingungen blieben dieselben, wie vor der Aussperrung. Nur hatten wir mit der Organisierung der Spengler von neuem zu tun. Noch ein Streik sei erwähnt, der Streik der Bauschlosser, der nach fünfwöchiger Dauer mit vollständigem Sieg endete und für 12 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9½ Stunden und eine Verbesserung der Löhne von 4,50 auf 5,50 Fr. pro Tag brachte. Im allgemeinen besteht für Bauschlosser seit dem Jahre 1904 zehnstündige Arbeitszeit, die ohne Kampf durchgeführt wurde und bis heute noch überall aufrechterhalten wird; auch sind die Löhne für Bauschlosser von 1,80 Fr. als Minimallohn im Jahre 1904 um 75 Prozent gestiegen, so daß der Minimallohn jetzt 2,50 Fr. beträgt.

Die Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1908 faßte den Beschluß, einen Beamten anzustellen, der die administrative Arbeit zu erledigen hat. Dieser Beschluß wurde durchgeführt und hat zum Wohle des Verbandes beigetragen, die administrativen Arbeiten wurden glatt erledigt, die Ortsgruppen waren stets mit der Zentrale in Verbindung, was vorher nicht in solchem Maße der Fall war. Im Jahre 1908 hatte der Verband vier Ortsgruppen, in der Provinz zwei Zahlstellen. In Belgrad sind Ortsgruppen der Bauschlosser, der Spengler und der Elektriker. Von diesen hatte ihre Funktionen eingestellt eine Zahlstelle in der Provinz und die Ortsgruppe der Elektriker. Im Jahre 1909 wurden gegründet: sechs Ortsgruppen und fünf Zahlstellen, von diesen haben ihre Funktion eingestellt: eine Ortsgruppe und zwei Zahlstellen, so daß am Schlusse des Jahres 1909 zehn Ortsgruppen in der Provinz und zwei in Belgrad, sowie fünf Zahlstellen waren. Der Verband hat 417 Mitglieder. Die Einnahmen waren im Jahre 1909 8647 Fr., die Ausgaben 4517,89 Fr. In den Ausgaben sind einbegriffen: für Arbeitslosenunterstützung 782,45 Fr., für Reiseunterstützung 713,25 Fr., für Streiks 1178,19 Fr., an das Zentralkomitee der Gewerkschaften Serbiens 331,80 Fr., Administrationsausgaben und das Gehalt des Sekretärs 1936,30 Fr. Der Verband verfügt über ein Vermögen von 8362,86 Fr.

Dieses Jahr hatte der Verband einen Abwehrstreik der Gießer in der Fabrik der Firma Gogjevacz, der nach sechsmonatiger Dauer mit halbem Sieg endete, ähnlich dem Spenglerstreik im Jahre 1908. Kollektivverträge wurden mit unserem Verband durch Verhandlungen ohne Kampf mit drei Bauschlossermeistern und einem Möbelfabrikanten abgeschlossen.

Seit dem Jahre 1905 besteht ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Metallarbeiter-Verbänden in Ungarn, Kroatien und Bulgarien.

Die Generalversammlung befaßte sich außer dem Bericht mit der Statutenänderung und mit der Schaffung einer Geschäftsordnung, dann mit der Wahl der Zentralleitung, der Kontrollkommission, sowie der Wahl der Kongreßdelegierten für die sozialdemokratische Partei Serbiens. In die Zentralleitung wurden gewählt: Obmann Krsta Jovanovics, II. Obmann Milan Konstantinovics, Kassierer Risantije Jovanovics, I. Sekretär Blagoje Bracsinacz, II. Sekretär Milan Flics; Ausschußmitglieder: Milan Mirith, Cseda Milosevith, Joca Magharith und Milan Kalyevith. In die Finanzkontrolle wurden gewählt: Albert Fürth, Miloje Milobanovith und Dragija Stvajgnith. Als Kongreßdelegierter zum XVII. sozialdemokratischen Parteitag wurde Genosse Krsta Jovanovics gewählt. Die neue Leitung hat nun alle Hände voll zu tun. Das Jahr 1910 ist das Jahr des Beginns der Staatsbauten in Serbien, und unsere Genossen haben Hoffnung, in diesem Jahre auf dem Gebiet der Organisation große Fortschritte zu machen. Kampf und Arbeit ist die Devise, mit der die neue Leitung ihre Funktion übernommen hat zum weiteren Ausbau der Organisation, zur Aufklärung der Massen mit frischer Kraft und neuem Mut, durch Kampf zum Sieg. Auch wir wünschen unseren Genossen in Serbien, daß sie ihren Eifer an der Organisationsarbeit beibehalten und die besten Erfolge erzielen mögen. (Nach dem ungarischen Eisen- und Metallarbeiter, Nr. 18.)

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 28. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Was nun? Von K. Kautsky. — Der Wahlrechtskampf in Braunschweig. Von Richard Wagner. — Die persische Revolution, ihre Ursachen, ihr Charakter und ihre Kampfesmethoden. Von Michel Pawlowitsch (Freiwilliger). — Sozialdemokratie und Oktroi. Von Jean Martin (Mülhausen i. E.). — Die Vereinheitlichung des Arbeiterrechtes. Von Friedrich Kleeis (Halle a. S.). — Literarische Rundschau: Dr. Karl Siegl, Die Egerer Zunftordnungen. Von Jul. Deutsch. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M pro Quartal zu beziehen, kann jedoch bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ₰. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Technische Monatshefte. Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Herausgeber: Friedr. Kahl und Diplom-Ingenieur Dr. A. Reitz. Verleger: Technische Monatshefte (Franckhsche Verlagsbuchhandlung) in Stuttgart. — Unter diesem Titel ist eine neue technische Zeitschrift erschienen, die ihre Leser sowohl in den Kreisen der Techniker als in denen der Laien sucht. Sie soll der Theorie und der Praxis dienen, soweit es in einer zunächst monatlich in einer Stärke von 1½ bis 2 Bogen starken Zeitschrift möglich ist. Außer den Monatsheften sollen jährlich noch drei bis vier in sich abgeschlossene illustrierte Buchbeilagen geliefert werden. Der Abonnementspreis beträgt halbjährlich (also für sechs Hefte und zwei Buchbeilagen) 3,50 M. Die vier Buchbeilagen kosten für Nichtabonnenten je 1 bis 2 M, also mehr als ein Jahresabonnement. Das uns vorliegende Doppelheft 1/2 macht in Inhalt und Illustrationen einen sehr guten Eindruck, so daß wir nicht verfehlen wollen, alle Kollegen, die sich für eine solche Zeitschrift interessieren, auf die Technischen Monatshefte aufmerksam zu machen.

Eine Schrift über den Halleyschen Kometen erscheint in einigen Tagen im Dresdener Parteiverlag von Kaden & Comp. Sie enthält Astronomisches und Kulturgeschichtliches zur Kometenangelegenheit, bringt 30 Bilder bei und ist von Fritz Düvell und Dr. Franz Diederich in Dresden gemeinsam verfaßt. Die Schrift ist etwa 120 Seiten stark und kostet 1 M.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 16. April:

Kirchheim u. Teck. Rose, 8 Uhr.
Lindau. Engelbräu, 8 Uhr.
Metzingen. Kröz (Gambrinus), ½9.
Oranienburg. Diedrich, halb 9 Uhr.

Sonntag, 17. April:

Breslau (Elektrom.). Roter Löwe, ½11.
Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Mülheim a. R.-Styrum-Dümpten. Tietz, Hüttenstr. 21, 5 Uhr.

Mittwoch, 20. April:

Altenburg. Gewerkschaftshaus, ½9.
Hagen i. W. (Klemp.) Paßmann, ½9.
Hagen-Wetter. Rosenkranz, halb 9.
Hamburg-Altona-Harburg Feilenarbeiter. Gärtner, Sternstr. 75, 8 Uhr.

Donnerstag, 21. April:

Nowawes-Neuendorf. Singer, ½9.
Roßwein. Sächsischer Hof, halb 9.
Wallingen. Masse, 8 Uhr.

Freitag, 22. April:

Neumünster. Herberge, halb 9 Uhr.

Samstag, 23. April:

Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Bant-Wilhelmshav. (Elektroment.) Halweland, Grenzstr. 38, halb 9 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Heizungsmont. u. Helfer). Volkshaus, Elberfeld, 9.
Chemnitz (Elektrom.) Nordpol, 9 Uhr.
Delmenhorst. Nordbruch, halb 9 Uhr.
Dortmund-Lünen. Strunk, halb 9.
Dortm.-Unna. Götz, Flügelstr. 8, ½9.
Hagen-Altenhagen. Zum Konsumverein, halb 9 Uhr.
Hag.-Böhle-Kabel. Hoffmann, ½9.
Hagen-Eckesey. Alter Fritz, halb 9.
Hag.-Remberg-Eppenh. Breil, ½9.
Hainichen i. S. Tuchmachermeistershaus, halb 9 Uhr.
Karlsruhe. Salmen, halb 9 Uhr.
Kneuttingen. Deutsche Flotte, 8 Uhr.
Leer in Ostfriesland. Fischer, 8 Uhr.
Metz. Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Mülheim a. Rhein. Dünnwald, 9.
Ravensburg-Weingarten Bavaria in Ravensburg, 8 Uhr.
Reichenhall. Blaue Traube, 8 Uhr.
Schwerin. Gr. Moor 51, halb 9 Uhr.
Uerdingen. Adam Weies, halb 9 Uhr.

Sonntag, 24. April:

Berlin (Eisen-, Metall-, Revolverdreher und Rundschleifer). Musikersessäle, Kaiser Wilhelmstraße 18m, vormittags 9 Uhr.
Breslau (Klemp.) Sieh. Volksw., ½11.
Chemnitz (Heizungsmonteure). Hoffmann, untere Georgstr. 1, 11 Uhr.
Essen-Borbeck. Demont, 5 Uhr.
Hagen (Hüttenarb.). Siemes, 4 Uhr.
Hagen-Herdecke. Brenne, 10 Uhr.
Heißen. Möhlig, 11 Uhr.
Mülheim-Sterkrade. Busch, 10.
Stuttgart. (Heizungsmonteure.) Gewerkschaftshaus, vorm. 10 Uhr.

Montag, 25. April:

Barmen-Elberfeld (Schloßbauer). Herhaus, Barmen, Loherstr., halb 8.

Samstag, 30. April:

Essen. Dernehl, halb 9 Uhr.
Minden. Kolosseum, 7¼ Uhr.
Werder. Schwarzer Adler, halb 9 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Apolda. (Feilenhauer.) Umschauen verboten. Arbeitsnachweis im Vorwärts. Daselbst wird auch das Geschenk ausbezahlt.

Düsseldorf. Das Buch des Mitglieds Konr. Berben, Lit. A. Nr. 197 935, ist auf der Durchreise gestohlen worden. Falls versucht werden sollte, darauf Unterstützung zu erheben, bitten wir, es anzuhalten.

Görlitz. Das Bureau befindet sich jetzt Luisenstr. 8, Hof, Seitenhaus rechts, eine Treppe. Reisegeld wird ausbezahlt: 9 bis 10 Uhr vormittags, 12 bis 1 Uhr mittags, 4 bis 6 Uhr abds.

Graudenz. Reisegeld und Lokalgeschenk zahlt der Kassierer P. Hipke, Nonnenstr. 10, aus. Werktags 12—1 mittags und 7—8 abends. Sonn- und Feiertags 10—11 Uhr.

Naumburg a. S. Lokalgeschenk wird vom 1. April bis zum 1. Oktober nicht ausbezahlt. — Herberge Schwarzer Adler, Georgenberg.

Osnabrück (Feilenhauer). Arbeitsannahme darf nur durch den Arbeitsnachweis bei K. Thielemann, Breitergang 6, geschehen.

Stuttgart-Cannstatt. (Vertrauensleutekonferenz.) Dienstag, 19. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Stuttgart.

Gestorben.

Augsburg. August Amann, Hilfsmonteur, 20 Jahre, Unglücksfall.
Chemnitz. Max Meusel, Schleifer, 32 Jahre, Lungenleiden.
— Linus Paul Otto, Maschinenformer, 30 Jahre, Unglücksfall.
— Hermann Reinhold, Nadelmacher, 47 Jahre, Nervenleiden.
— Karl Alfred Keilig, Metallarbeiter, 19 Jahre, Lungenleiden.
— Ernst Pältz, Schmied, 54 Jahre, Herzleiden.
— Friedrich Albin Schulze, Schlosser, 53 Jahre, Tuberkulose.
Ebersbach i. S. Karl Gocht, Metallschleifer, 38 Jahre, Nervenleiden.
Leipzig. Martin Neuenhagen, Monteur, 59 Jahre, Arterienverkalkung.
Mainz. Karl Schmitt, Schleifer, 28 Jahre, Blutgerinsel in den Adern.
— Georg Werner, Wagner, 42 Jahre, Leberleiden.
— Georg Klauer, Spengler, 24 Jahre, Lungenschlag.
— Franz Ditt, Schlosser, 32 Jahre, Lungen- u. Kehlkopftuberkulose (4).
Schwiebus. Richard Sack, 26 Jahre, Typhus.

Privat-Anzeigen.

Tüchtigen Feilenhauer sucht [1442] Johann Schmidt, Feilenhauer, Heidingsfeld bei Würzburg in Bayern.

Große Wiener Metall- und Bronzewaren-Galanterie-Fabrik mit Galvano-Plastik sucht durchaus selbständigen

Werkführer

sofort oder später für dauernden Posten.

Offerten mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsansprüchen unter „Durchaus selbständig 82928" an die Annoncen-Expedition M. Dukes Nachfolger, Wien I/1. [1443

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart Rötestraße 16 B.